Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 127.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 19. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Die Eisenbahntarife im Staatsbahnsystem.

Der zehnte deutsche Handelstag, welcher im Dezember vorigen Jahres in Berlin abgehalten wurde, hatte auf seine Tagesordnung die Frage des Einflusses der im Eisenbahnwesen eingetretenen Aenderungen auf die Leistungen und Tarife im Güterverkehr gesetzt. Die Resolutionen, welche die für diese Angelegenheit bestellten Referenten beantragten, hatten eine den bisherigen Aeußerungen der Staatsbahnpolitik wenig günstige Fassung. Was den einen Theil der Frage, die Leistungen der Staatsbahnen anlangte, so waren als die nächste Veranlassung zu ihrer Behandlung die Verkehrsstockungen anzusehen, welche in den letzten Monaten des Jahres 1881 bei dem Transport der Güter auf den Eisenbahnen in so unliebsamer Art sich geltend gemacht hatten. In der Debatte über diesen Punkt trat deutlich zu Tage, daß es gewagt sei, der Staatsbahnverwaltung auf Grund der eine kurze Periode erst umfassenden Erfahrungen den Vorwurf mangelhafter Betriebsführung zu machen. Der Antrag des Referenten berücksichtigte dies auch; in der Hauptsache und in seinem praktischen Theile ging er darauf hinaus, daß es zweckmäßig sei, die Eisenbahndirektionen mit erweiterter Verwaltungskompetenz auszurüsten.

Anders war es mit der Frage nach der im Gebiete der preußischen Staatsbahnen jetzt herrschenden Tarifpolitik. Es handelte sich hier weniger um das, was bereits geschehen war, als um die Konsequenzen, welche die Durchführung der von der Staatsbahnverwaltung in Bezug auf Regelung der Frachtpreise aufgestellten Maximen für die Zukunft des Güterverkehrs haben würde. Die vorgeschlagene Resolution erklärte sehr scharf, daß in dem seit Verstaatlichung eines umfangreichen Privatbahnkomplexes zu Tage getretenen Bestreben, die Tarife ohne Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse der verschiedenen Landestheile zu generalisiren, eine große Gefahr für die gesunde Entwickelung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse liege. Der Handelstag wurde aufgefordert, sich sowohl gegen die Einführung eines Normaleinheitstarifs für sämmtliche preußische Staatsbahnbezirke, als auch gegen jede andere nur unter Schädigung berechtigter Interessen durchführbare Unifizirung der Frachtsätze zu erklären. Die Resolution schloß damit, daß bei der Erstellung von Eisenbahntarifen nur tarif-, nicht aber handelspolitische Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen, mit anderen Worten, daß die inländische Produktion neben dem Zollschutz eine Begünstigung durch Frachttarife nicht zu beanspruchen habe — ein Gedanke, der an oberster Stelle wohl dieselbe Berücksichtigung finden wird, wie etwa ein Antrag auf Aufhebung des Zolltarifs von 1879.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Verhandlung des deutschen Handelstages über diesen Gegenstand trotz der Bemühungen der Referenten nicht genügend vorbereitet war, der Vorschlag, die schwierige Materie an die Handelskammern zur Begutachtung zu überweisen, an sich somit nahe lag, so bekundete doch offenbar der von mittel- und süddeutschen Handelskammern gestellte Vertagungsantrag weniger diesen formalen Standpunkt, als vielmehr die Absicht, ein Votum, welches die Tarifpolitik der Staatsbahnen als bedenklich bezeichnete, zu verhüten. In diesem letzteren Sinne stimmten die Vertreter von West- und Süddeutschland ziemlich geschlossen und erzielten die Majorität. In der Minderheit befanden sich unter Anderen die kaufmännischen Korporationen, bezw. Handelskammern von Berlin, Bremen, Breslau, Hamburg, Leipzig, Magdeburg, sowie die hiesige Handelskammer.

Die Staatsbahnverwaltung ist unterdessen und seitdem auf ihrem Wege konsequent vorgegangen. Die Anerkennung kann man dem jetzigen Minister für öffentliche Arbeiten gewiß nicht versagen, daß er das, was er einmal angreift, auch energisch weiterzuführen versteht. Schon jetzt sind die Gütertarife für den Lokalverkehr der sieben preußischen Direktionsbezirke, so wie der Oberschlesischen und der Bergisch-Märkischen Bahn und zum großen Theil auch für den Wechselverkehr der Staatsbahnen nach einheitlichen Grundtaxen umgerechnet und in Geltung gesetzt. Die oldenburgische Staatsbahn hat sich dem Vorgehen Preußens angeschlossen, ebenso, wie dies natürlich, der Komplex der Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen; aber auch die Privatbahnen vermögen sich dem Einflusse der Staatsbahnpolitik nicht mehr zu entziehen. Ueber die Reform bemerken wir Folgendes:

Dieselbe zielt zuvörderst auf eine größere Einfachheit und Gleichartigkeit der einzelnen Tarife in formaler Hinsicht. Nach einer von dem Reichseisenbahnamt im Jahre 1879 aufgestellten Uebersicht bestanden damals für den Verkehr der deutschen Eisenbahnen 63 Lokaltarife, 184 Verbandstarife und außerdem 351 Spezialtarife für einzelne Artikel; hierzu traten für den direkten Verkehr der deutschen Bahnen mit dem Auslande noch weitere 199 allgemeine Tarife und 314 Spezialtarife. Die einzelnen Verbandtarife waren wieder in zahlreiche Hefte zergliedert: so bestand beispielsweise der Mitteldeutsche Verbandtarif aus 33 Heften mit 374 Nachträgen.

Wenn diese Zahlen auf den ersten Blick nicht gerade anmuthen, so muß doch bemerkt werden, daß Beschwerden über formale Schwierigkeiten, Unübersichtlichkeit und Verwirrung im Tarifwesen seitens der Transportinteressenten verhältnißmäßig wenig erhoben worden sind. Theoretiker, die sich das Studium der Tarife zum Ziel gesetzt hatten, waren es zumeist, die den Bahnverwaltungen die Komplizirtheit ihrer Publikationen zum Vorwurf machten. Es kann behauptet werden, daß für den praktischen Geschäftsmann die Arbeit aus den Tarifheften den Frachtsatz herauszusuchen, bislang — von Einzelfällen abgesehen — eine keineswegs erhebliche gewesen ist. Es handelt sich in der Regel um wenige, wohl gar nur einen einzigen Artikel, dessen Tariflage der Kaufmann dauernd im Auge zu behalten hat; es erfordert das einen Aufwand an Berechnung und Aufmerksamkeit, welcher von der für eine Geschäftsthätigkeit nöthigen Gesammtdiligenz doch nur eine äußerst geringfügige Quote ausmacht. Den Kaufleuten geht es mehr um materielle Zweckmäßigkeit, als formale Einfachheit der Tarife; sie hegen auch die Befürchtung, daß diese nicht selten nur auf Kosten jener erzielt werden könne. Gleichwohl ist gewiß, daß eine äußere Vereinfachung der Tarife an sich vom Handelsstande (insbesondere von den Speditionsfirmen) gern akzeptirt wird.

Soweit der diesseitige Verkehr interessirt ist, führen wir des Beispiels halber an, daß durch den neuen Preußisch-Oberschlesischen Verbandtarif (1. April 1881) vier ältere Verbandtarife ersetzt worden sind. Für die Gegenwart ist freilich die Vereinfachung damit noch nicht erheblich gefördert, da zwei von diesen vier Tarifen für einen Theil ihre Geltung behalten haben.

Der Schwerpunkt der Revision, welche die Staatsbahnverwaltung an den Tarifen vorgenommen hat, liegt in den materiellen Aenderungen. Diese bestehen bekanntlich darin, daß den Transportpreisen auf sämmtlichen Staatsbahnlinien dieselben Einheitssätze zu Grunde gelegt werden. Das Prinzip der neuen Transportverwaltung lautet: Gleichheit der Tarife; neben diesem Prinzip sollen aber mehrere andere Frachtgrundsätze zur Durchführung gebracht werden. In erster Reihe ist dahin zu rechnen die Ermäßigung der Expeditionsgebühren auf kürzere Entfernungen, d. i. eine Begünstigung des engeren Lokalverkehrs, des Ferneren die Herabsetzung der Fracht für Güter des Spezialtarifs III. auf Entfernungen von mehr als 100 Kilometer, schließlich die Ermäßigung der Fracht für Güter der Spezialtarife, wenn sie in Quanten von 100 Zentnern aufgegeben werden.

Daß den Tarifermäßigungen, welche die Staatsbahn konzedirte, Tariferhöhungen gegenüber stehen würden, war von vornherein außer jedem Zweifel. Von Vertretern der Privatbahnen ist früher wohl die Befürchtung geäußert worden, daß die Staatsbahnverwaltung mit ihrem Gleichheitsprinzip Gefahr laufen würde, an der einen Stelle unzuläſſige Erhöhungen, an der anderen Stelle unnöthige Ermäßigungen und damit eine bedenkliche Verschiebung in den internen Absatz- und Produktionsverhältnissen herbeizuführen.

Dem Transportwesen der Stadt und Provinz Posen, unter deren Verkehrslinien die Oberschlesische Bahn einen so hervorragenden Rang einnimmt, ist nun aus der Tarifrevision mancherlei Belastung erwachsen. Der Einheitssatz für die allgemeine Wagenladungsklasse B (in der beispielsweise Spiritus tarifirt) betrug nach dem Lokaltarif der Oberschlesischen Bahn vom 1. Juli 1877 pro tkm. 5,6 Pf.; nach dem jetzt giltigen Tarif (vom 1. Oktober v. J.) beträgt er 6 Pf.: das macht eine Vertheuerung von etwa 7 pCt. aus. In der That zahlt ein Doppelwaggon mit Wagenladungsgut von Posen nach Breslau gegenwärtig 111 Mark Fracht, d. i. 7 Mark mehr als früher.

Schlecht ist es auch den Artikeln ergangen, die in Spezialtarif I klassifiziren, also u. A. Getreide. Der frühere Einheitssatz der Oberschlesischen Bahn betrug 4,45 Pf., der jetzige stellt sich auf 4,5 Pf. pro Tarif-Kilometer; außerdem sind aber die festen (Expeditions-) Gebühren abgeändert worden. Das praktische Resultat ist wieder, daß ein Doppelwaggon Getreide von Thorn nach Posen jetzt 75 M. (früher 70 M.), von Rawitsch nach Posen 58 M. (früher 52 M.) an Fracht zu entrichten hat und so weiter. Also gerade der engere Lokalverkehr ist hier belastet worden.

Da die Güter der Allgemeinen Wagenladungsklasse B. und des Spezialtarifs I — außer den genannten Artikeln gehören noch dahin Heringe, Petroleum, Dachpappen ꝛc. — in dem Verkehrsleben unserer Provinz eine sehr wichtige Rolle spielen, so müssen wir die Tarifreform der Staatsbahnverwaltung als eine solche bezeichnen, die den diesseitigen Interessen nicht entspricht. Die Stadt Posen empfängt und versendet auf der Oberschlesischen Bahn jährlich gegen 1½ Millionen Ztr. Getreide, ca. 350,000 Ztr. Spiritus: dieser Transport wird empfindlich getroffen.

Der Frachttarif, aus einer Durchschnittsrechnung hervorgegangen und deshalb im einzelnen Falle ungerecht, kann der ihm anhaftenden Mangelhaftigkeit zu einem Theile dadurch entkleidet werden, daß er, wo und wie solches nur immer möglich, die Individualität der ihm unterworfenen Verhältnisse berücksichtigt. Daraus folgt, daß, da die Bedingungen für Produktion und Absatz der wirthschaftlichen Güter in den verschiedenen Gebieten Deutschlands verschieden sind, auch die Transportkosten thunlichst diesen Differenzen Rechnung tragen müssen, mit anderen Worten: auch die Einheitssätze der Eisenbahntarife nicht überall die gleichen sein dürfen. Die früheren Tarife der Oberschlesischen Bahn paßten allerdings nicht in das Staatsbahnschema, aber sie paßten zu den ökonomischen Verhältnissen des Gebiets, für welches sie Anwendung fanden; daß das Bahnunternehmen selbst seine Rechnung dabei gefunden hat, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

F.C. Ueber die Leidensgeschichte der deutschen Müllerei.

Von allen Industriezweigen hat die Mühlenindustrie am meisten unter dem neuen Zolltarif zu leiden gehabt. Bei der Berathung der Mehlzölle und Mehlzollrückvergütungen in der Sitzung des deutschen Reichstags am 8. Juli 1879 wurde von allen Seiten des Hauses im Prinzip als richtig anerkannt, daß den Mühlen der Zoll für das vorher importirte Getreide beim Mehlexport wieder zurückvergütet oder die zollfreie Lagerung und Verarbeitung solchen Getreides freigegeben werden müßte, „und zwar obligatorisch", wie der Freiherr von Heeremann ausführte. Man sah ein, daß die Mühlen sonst durch die Getreidezölle ihren Export verlieren und im Auslande gegen Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Holland nicht würden konkurriren können, wie wiederum der Referent Freiherr von Heeremann in längerer Rede (stenogr. Bericht S. 2167—2169) nachwies. Auch Fürst Bismarck betheiligte sich in diesem Sinne an der Debatte. Die Vortheile der Mühlenindustrie für die Landwirthschaft betonte man ausdrücklich, von Identität des exportirten Mehls mit dem vorher importirten Getreide war aber mit keinem Wort die Rede; es geht vielmehr aus allen Reden hervor, daß man beim Mehlexport für das ganze Gewicht des Mehls nach der Ausbeute den darauf ruhenden Getreidezoll zurückvergüten wollte.

Leider berietben aber die neuen praktischen Wirthschaftspolitiker anders, und nachdem die Mühlenindustrie nach der Einführung der Getreidezölle zwei Monate lang vergeblich auf die Lösung dieser Lebensfrage gewartet hatte, erschien Anfang März 1880 ein provisorisches Regulativ des preußischen Finanzministers, das von den Mühlen den Identitätsnachweis verlangte; d. h. den genauen Nachweis, wie viel Prozente fremden Getreides sich in jedem Sack des zu exportirenden Mehls befinde. Wie man sich denken kann, rief diese Veröffentlichung die größte Bestürzung in den Müllerkreisen hervor und veranlaßte den Vorstand des Verbandes deutscher Müller zu einer energischen und ausführlichen Vorstellung an den Bundesrath, in welcher ausgeführt wurde, daß diese Bestimmungen aus einem längst abgeschafften preußischen Regulativ für die Mahlsteuer hergenommen seien und den neueren Mühleneinrichtungen nicht entsprächen. Es wurde mit gründlicher Sachkenntniß auf's Eingehendste nachgewiesen, daß bei den neuen vorzüglichen, aber komplizirten Mahleinrichtungen dieses Regulativ technisch absolut unausführbar sei! Leider verhallte diese Stimme, und mit ihr noch viele andere wie die des Predigers in der Wüste, denn die praktischen Zollweisen glaubten damals noch an ihre Unfehlbarkeit und riethen dem Bundesrath, diese Eingaben der Interessenten mit Mißtrauen zu betrachten und sich nicht durch sie beirren zu lassen. Auch eine Resolution des Reichstags, die auf Antrag des konservativen Abgeordneten Grafen Stolberg-Rastenburg am 16. April 1880 trotz der weitläufigen Gegenausführungen des Direktors im Reichsschatzamt Burchard mit sehr großer Majorität angenommen wurde und der bedrängten Mühlenindustrie durch Beseitigung des Identitätszwanges zu Hülfe kommen wollte, blieb ganz und gar unberücksichtigt. Das Regulativ des Bundesraths fiel daher eher noch schlechter als besser aus, als es endlich am 1. Juni 1880 im Reichsanzeiger, als fünf Monate nach Inkrafttreten der Getreidezölle, das Licht der Welt erblickte.

Die verderblichen Folgen, die von allen wirklichen Sachkennern vorausgesagt waren, traten natürlich bald ein. Ueberall stellten Mühlen ihren Betrieb ganz ein oder beschränkten denselben, abgebrannte Mühlen wurden nicht wieder aufgebaut und der Export hörte, wenigstens aus den westlichen Provinzen, sehr bald fast gänzlich auf. Die schutzzöllnerische Handelskammer zu Münster war bereits im August 1880 in der Lage, dies nachzuweisen. Ihr sekundirten bald u. A. die Kammern zu Bochum, Dortmund, Elberfeld, dann im Süden und Osten die von Dresden, Chemnitz, Reichenberg ꝛc. Der Stimmen der freihändlerischen Handelskammern, derjenigen der Küstenplätze von Memel bis Emden, sowie endlich der Resolutionen und Petitionen zahlloser Mühlenverbände und einzelner großen Etablissements aus allen Theilen des deutschen Reiches sei dabei gar nicht weiter Erwähnung gethan. Die deutschen Mehlmarken verschwanden von den Preislisten des Auslandes, und deutsche Mühlenbesitzer überzeugten sich persönlich davon, daß weder in Groningen noch in Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen auch nur ein Sack deutschen Mehls am Lager war. Die schutzzöllnerisch angehauchte Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg reproduzirte sogar einen Passus des Jahresberichtes der holländischen Handelskammer zu Groningen, worin freudig das Aufblühen der holländischen Mühlenindustrie, und als Grund das gänzliche Aufhören der deutschen Konkurrenz konstatirt wurde.

Unter solchen Verhältnissen konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß dieser Gegenstand den deutschen Reichstag in der Frühjahrssession (am 16. März 1881) aufs Neue beschäftigte. Der Direktor des Reichsschatzamtes, Buchard, der auch diesmal mit großem Aplomp das Regulativ vertheidigte, obgleich man wiederum einen auffälligen Mangel an wirklicher Sachkenntniß zu bemerken glaubte, vermochte nicht den erneuten Beschluß des Reichstags zu hintertreiben; die Aufhebung des Identitätsnachweises zu verlangen. Diese Frage kam in der Sitzung vom 30. Mai sogar nochmals zur Sprache, und abermals erklärte Herr Burchard alle Klagen für unbegründet und schrieb den Müllern nur bösen Willen zu, wenn sie die Regulative nicht benutzten. Obgleich derselbe dem Reichstage sagte: „Ich glaube auch jetzt nicht, eine Berücksichtigung des Antrags seitens des Bundesrats in Aussicht stellen

zu können," (S. 1428 des stenogr. Ber.) so blieb der Reichstag doch bei seinem früheren Beschlusse, für den sich sogar jedesmal eine steigende Majorität erhob.

Seitdem fristet die deutsche Mühlenindustrie kümmerlich ihr Dasein. Von Verdienst ist nicht die Rede, und auch die kleinen Wind- und Wassermühlen spüren täglich mehr den verderblichen Einfluß der Zollregulative, denn die großen Mühlen, des Exports beraubt, werfen (soweit sie ihren Betrieb nicht einschränken können) ihre Ueberproduktion à tout prix auf die heimischen Märkte. Wenn sie auch vorläufig Schaden dabei machen, so hoffen sie doch, es länger auszuhalten als ihre kleinen Konkurrenten und über deren Leichen wieder zu guter Rentabilität zu gelangen. Wegen des Mißverhältnisses zwischen den Preisen des Getreides und des Mehles haben andere Mühlen einen großen Theil des Jahres die Produktion ganz eingestellt, so z. B. die renommirte Aktiengesellschaft „Berliner Brotfabrik". Noch andere haben den Betrieb trotzdem aufrecht erhalten wollen und sind dabei zu Grunde gegangen.

Alle diese unumstößlichen Thatsachen werden nun an maßgebender Stelle doch wohl endlich die Ueberzeugung gezeitigt haben, daß man sich mit den Zollregulativen auf dem Holzwege befindet und nicht der ganze deutsche Müllerstand komplottmäßig Lügen fabrizirt hat. Als nämlich der neue Reichstag in seiner Sitzung vom 27. Januar d. J. sich dieser Sache annehmen wollte, zu welchem Behufe ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag eingebracht worden war, erhob sich — nicht Herr Burchard, nein, dem scheint die Müllerfrage abgenommen zu sein — sondern der Staatssekretär des Reichsschatzamts Scholz und gab eine dahin gehende Erklärung ab: (S. 1033 des stenogr. Berichts) „Die Regierung habe sich überzeugen müssen, daß eine Gefährdung der Mühlenindustrie bei unveränderter Aufrechterhaltung des Gesetzes von 1879 nicht ausgeschlossen sei. Der Reichskanzler wird den Bundesregierungen einen bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorlegen, welcher bezweckt, den Identitätsnachweis so einzuschränken, daß die Mühlenexportindustrie nicht ferner Klagen zu erheben habe."

Damit ist von der Brust der Müller ein Alp genommen, und es ist nur zu wünschen, daß das angekündigte Gesetz nicht gar zu lange auf sich warten läßt, denn groß ist der Schaden, größer wird er täglich und immer schwieriger wird es, das verlorene Absatzfeld im Auslande wieder zu erobern, da dort inzwischen die Mühlenindustrie erstarkt ist und sich noch täglich weiter ausdehnt!

Aber wenn es auch spät kommt, so darf man doch den hohen Werth dieses Zugeständnisses der Regierung nicht unterschätzen. Indem man den Irrthum des Identitätsprinzipes zugesteht, giebt man nicht nur zu, daß nicht das Ausland, sondern das Inland den Zoll trägt, sondern auch, daß nicht nur das importirte, sondern auch das inländische Getreide durch den Zoll im Preise erhöht und also die Ernährung der Nation, namentlich der ärmeren Klassen, durch den Getreidezoll erschwert und vertheuert wird.

Vielleicht darf man sich der Hoffnung hingeben, daß diese Erkenntniß schließlich zur Aufhebung der Getreidezölle überhaupt führen wird, und daß, nachdem man in einem so wichtigen Falle den Irrthum, in dem man sich befand, hat zugeben müssen, man auch in anderen Fragen sich nicht mehr vollständig unzugänglich zeigen wird.

Deutschland.

+ **Berlin,** 17. Februar. [Eine interessante Abhandlung. Parlamentarisches. Landwirthschaftsrath.] Mitten in den leidenschaftlichen Kämpfen der Gegenwart mag eine staatsrechtliche Studie über „die Stellung des Reichskanzlers", wie sie in der Leipziger Doktor-Dissertation des Herrn Paul Hensel (Separatabdruck aus den „Annalen des deutschen Reichs" 1882, Verlag von G. Hirth) vorliegt, auf den ersten Blick wenig geeignet erscheinen, das Interesse des Politikers in Anspruch zu nehmen. Die hier in Betracht kommenden Fragen sind im Laufe der Zeit bereits in einer Reihe wissenschaftlicher Schriften im Zusammenhange mit dem deutschen Staatsrecht erörtert worden; eine Weiterentwickelung derselben ist nicht sowohl von der Wissenschaft selbst als von der praktischen Ausbildung der Institutionen des deutschen Reiches zu erwarten. Aber gerade mit Rücksicht hierauf hat die vorliegende monographische Darstellung der mächtigen Stellung, welche nicht sowohl die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers als das Amt des Reichskanzlers als solches dem Kaiser und den gesetzgeberischen wie den Verwaltungsorganen gegenüber einnimmt, ein unmittelbares Interesse. Wenn es das Kriterium eines konstitutionellen Staates ist, daß der größeren Macht auch die größere Verantwortlichkeit gegenübersteht, so kann man im Grunde das deutsche Reich trotz der Reichsverfassung nicht als einen konstitutionellen Staat bezeichnen. Zweifelsüchtige verweisen wir auf das Kapitel der Hensel'schen Schrift, welches von der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers handelt. Der Verfasser kommt hier zu dem Schluß, daß die Ansichten derer, welche die rechtliche Natur der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wie sie sich aus Art. 17 der Reichsverfassung ergiebt, als „Ministerverantwortlichkeit" darstellen wollen, sich im Irrthum befinden. Der Verfasser schließt sich dem Ausspruche des Abgeordneten Reichensperger (Krefeld) in der Sitzung des Reichstags vom 9. März 1878 an. Der sagte:

„Auf mich macht es, ehrlich gestanden, immer den Eindruck, wenn das Wort „Verantwortlichkeit" hier gebraucht, so stark betont wird von allen Seiten her, als ob man sich mit Redensarten wechselseitig abfinde."

In gleichem Sinne bezeichnet Seydel (Kommentar zur Verfassungsurkunde für das Reich p. 129) die „Verantwortlichkeit" des Reichskanzlers als „eine Phrase, für welche der Schöpfer der Reichsverfassung die moralische Verantwortlichkeit mit Recht ablehnen mag". — Wir unsererseits schließen daraus nicht, daß diese Verantwortlichkeit „Phrase" bleiben muß. Aber dem Worte einen politisch bedeutsamen Inhalt zu geben, wird allerdings Sache der politischen Faktoren des Reiches sein, vor Allem des Reichstags. Und deshalb sind die Vorkämpfer diktatorischer Regierungsmaximen auf der rechten Fährte, wenn sie die Ohnmacht des Reichstags oder, was dasselbe ist, die Parteizersplitterung im Reichstage als die werthvollste Garantie für die Fortdauer der unverantwortlichen Kanzlerherrschaft feiern. Hier ist der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß, um die staatsrechtliche Abnormität der Stellung des Reichskanzleramtes im Rahmen der Reichsverfassung den konstitutionellen Bedürfnissen, d. h. dem Bedürfniß der Nation zur Mitbestimmung ihres Geschickes anzupassen. Diese Abnormität in ihrem ganzem Umfange dargestellt zu haben, ist das Verdienst der Hensel'schen Schrift, welche hiermit zur allgemeinen Lektüre bestens empfohlen sei. — Da die Arbeiten in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses, besonders der Eisenbahn- und der Budgetkommission, schon ziemlich weit vorgeschritten, die der Kirchenkommission wenigstens in erster Lesung beendigt sind, so werden in nächster Zeit täglich Plenarsitzungen stattfinden. — Der deutsche Landwirthschaftsrath hat bekanntlich beschlossen, auch die landwirthschaftlichen Arbeiter in sehr erheblich erweitertem Umfang in die obligatorische Unfallversicherung mit einzubeziehen. — Bei der notorisch sehr großen Zahl der im landwirthschaftlichen Betriebe vorkommenden Unfälle ist es ein berechtigtes Verlangen der dortigen Arbeiter, denselben Schutz wie die industriellen Arbeiter zu genießen, und andererseits haben die Arbeitgeber das dringendste Interesse, daß diesem Verlangen stattgegeben wird, weil sonst die ohnehin starke Neigung der Arbeiter zum Uebergang in die Industrie sich noch steigern würde. Indeß sind die Schwierigkeiten, welche der Durchführung der obligatorischen Unfallversicherung im landwirthschaftlichen Kleinbetriebe entgegenstehen, nach wie vor dieselben, wenigstens ist bis jetzt kein Mittel bekannt geworden, dieselben zu heben. Trotzdem scheint es, daß nunmehr auch die Regierung zur Aufnahme der Landwirthschaft in die Unfallversicherung entschlossen ist; denn so, und nicht anders, wird man sich doch wohl die Aeußerung des Ministers v. Bötticher deuten müssen, daß in der Resolution des Landwirthschaftsrathes viele Gesichtspunkte, welche die Regierung bei ihren neueren Plänen aufgestellt habe, gewürdigt und theilweise angenommen worden seien.

□ **Berlin,** 17. Februar. [Ein Streitfall. Abgeordnetenhaus.] Am 14. Februar schloß die IX. Kommission des Herrenhauses den Bericht über einen zweiten, ihm zuerst vorgelegten Gesetzentwurf ab, der nach der Meinung des früheren Justizministers Grafen zur Lippe zu denjenigen Finanzgesetzentwürfen gehört, die nach Art. 62 der Verfassung zuerst dem Abgeordnetenhause vorzulegen sind, über den Gesetzentwurf nämlich, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Nach Inhalt des Berichtes sind innerhalb der Kommission diese Verfassungsbedenken scharf hervorgehoben, aber von der Staatsregierung und der Mehrheit der Kommission, deren Berichterstatter diesmal der Professor Dr. Dernburg ist, aus denselben Gründen nicht anerkannt, die bei der Kommissionsberathung über den Gesetzentwurf betreffend die Wittwen- und Waisengelder in der Kommission erörtet sind. Man wird auf die Verhandlung im Herrenhause um so gespannter sein können, als inzwischen an demselben 14. Februar der Abgeordnete Dr. Virchow, unterstützt von der Fortschrittspartei, einen Antrag eingebracht hat, der in seinem ersten Theile ausspricht, daß die Seitens der Regierung erfolgte Vorlage der beiden Gesetzentwürfe an das Herrenhaus gegen den Artikel 62 der Verfassungsurkunde verstößt und in seinem zweiten Theile vorsichtiger Weise der Geschäftsordnungskommission den Auftrag ertheilt wissen will, darüber zu berathen, in welcher Weise das Privilegium des Abgeordnetenhauses zu schützen sei. Da am nächsten Montage das Herrenhaus über das Wittwenpensionsgesetz beräth, während der Antrag Virchow erst am nächsten „Schwerinstag", also am Mittwoch im Abgeordnetenhause verhandelt werden kann, so gewinnen die beiden konservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses Zeit, sich zu überlegen, ob sie, dem Beispiele des hochkonservativen Herrenhausmitgliedes Justizminister a. D. Grafen zur Lippe folgend, die verfassungsmäßigen Privilegien des Abgeordnetenhauses auch einem Beschlusse des zeitweiligen Staatsministeriums gegenüber vertheidigen, oder sich, wie in der Regel, schleunigst zu der Meinung des Staatsministeriums bekehren, und dadurch für die nächsten Wahlen für ihre liberalen Gegner einen neuen Angriffspunkt schaffen wollen. Jedenfalls ist die Taktik der Herren Minister schwer begreiflich, in der letzten Session dieses so günstig für sie zusammengesetzten Abgeordnetenhauses, ohne Noth einen solchen Streitfall zu produziren, der entweder den Gegnern eine scharfe Waffe in die Hand giebt, oder ihnen selbst eine parlamentarische Niederlage bereitet. — Für die Etatberathungen des Abgeordnetenhauses in den nächsten Tagen stehen interessante Debatten in Sicht. Man erwartet, daß beim Bureau des Staatsministeriums die geheimen Fonds, für welche bereits ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorbereitet ist, zu einer eingehenden Diskussion des Reptilienfonds führen, von dessen unzulässiger Verwendung man bei der letzten Wahlkampagne nicht blos in Berlin, sondern auch auswärts schwerwiegende Anzeichen entdeckt haben will. Beim Kriegsministerium wird voraussichtlich die Tödtung der beiden Knaben zu Moabit durch den Schuß einer Schildwache zu Erörterungen führen. Landräthliche Wahlagitationen, Beschwerden der Stadt Berlin und Aehnliches wird beim Ministerium des Innern zur Sprache gebracht werden.

— In einem bemerkenswerthen Artikel der „Augsb. Allg. Ztg." von gestern: „Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen" werden die Konsequenzen derselben für das Reich gezogen. Preußen werde jetzt nach der Verstaatlichung der Eisenbahnen auch in ganz Deutschland fast unumschränkter Gebieter sein; das Reich werde seine Eisenbahnpolitik nur in Uebereinstimmung mit der preußischen Verwaltung durchführen können und dadurch die Eisenbahn-Hegemonie derselben nur verstärken. „Würden die übrigen partikularen Eisenbahnsysteme sich der preußischen Eisenbahnverwaltung einfach unterwerfen? Nach den Erfahrungen, die bei den Versuchen, zu einem Reichseisenbahngesetz zu gelangen, gemacht sind, muß man das bezweifeln; alsdann haben wir aber den Eisenbahnkrieg." Der Artikel giebt den Mittelstaaten zu erwägen, ob, wenn jetzt die preußische Regierung mit einem Anerbieten, die preußischen Eisenbahnen an das Reich zu verkaufen, an das Reich heranträte, nicht darauf einzugehen wäre. Im Reich hätten sie Gelegenheit, die Eisenbahnpolitik zu beeinflussen, in Preußen nicht. Allerdings würde dann auch bald die andere Frage zu erwägen sein, „ob nach Uebergang der preußischen Bahnen an das Reich noch daneben andere selbständige Landeseisenbahnkomplexe würden bestehen können." Daß die deutschen Mittelstaaten schon jetzt auf diese Erwägungen einzugehen geneigt sein werden, ist einstweilen noch sehr ungewiß; also werden wir uns auch auf die andere Alternative gefaßt machen müssen — „den Eisenbahnkrieg."

— In der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses kommt die Position der geheimen Fonds beim Etat des Staatsministeriums zur Berathung; seitens der Fortschrittspartei ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über diese Position eingebracht worden. Auch der Etat der Lotterieverwaltung gelangt morgen zur Diskussion. Wie die „National-Zeitung" erfährt, erwartet die Regierung aus dem Hause einen bestimmten Antrag oder eine Anregung, wonach eine Vermehrung der Loose vorgenommen werden soll. In der Absicht der Regierung liegt es, die Loose von 95,000 auf 200,000 zu vermehren.

— Aus Hirschberg i. Schl., 16. Februar, wird der „Voss. Ztg." geschrieben: In der gestrigen Sitzung der hiesigen Handelskammer ertheilte die Versammlung bei Berathung des Reskripts des königlichen Regierungs-Präsidiums zu Liegnitz vom 8. v. Mts., betreffend die Oeffentlichkeit der Sitzungen, sowie die terminweise Einsendung der Handelskammer-Sitzungs-Protokolle und die Erstattung des Jahresberichtes, folgenden, in der Beantwortung des genannten Reskripts festzuhaltenden Punkten ihre Zustimmung:

1) Die Oeffentlichkeit der Handelskammer-Sitzungen besteht bereits seit einer Reihe von Jahren. 2) Die Publikation der Verhandlungen geschieht, soweit dieselben von allgemeinem Interesse sind, durch Referate in den Tagesblättern. 3) Die vierteljährige Einreichung von Abschriften der Sitzungs-Protokolle, sowohl an den Herrn Minister, wie auch an den Herrn Regierungs-Präsidenten, wird fortan geschehen. 4) Die Handelskammer-Jahresberichte sind bisher zur festgesetzten Zeit fertiggestellt worden; die Handelskammer wird von dem Vorwurf der verspäteten Erstattung nicht betroffen. 5) Die Berichte werden nicht von einem Mitgliede, sondern von einer Kommission von fünf Mitgliedern auf Grund der eingeforderten Spezialberichte zusammengestellt, welchen eine durchaus objektiv gehaltene Beleuchtung der Gesammtlage des Handels und der Industrie in der abgelaufenen Periode vorangeht. 6) Auf Grund vorstehender Ausführungen glaubt die Handelskammer sich gegen das Verlangen der Einsendung der Jahresberichte an den Herrn Handelsminister vor deren Veröffentlichung verwahren zu dürfen, weil sie in diesem Verlangen eine Beeinträchtigung der ihr gesetzlich gewährten Selbständigkeit erblickt.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik im Jahre 1882.

— Es fällt auf, daß die Verhandlungen wegen des Zollanschlusses von Bremen noch immer nicht begonnen haben. Ursprünglich hieß es, daß nach der Annahme des Zollanschlusses von Hamburg die gleiche Angelegenheit für Bremen sofort in Angriff genommen und auch bald zum Abschluß gebracht werden würde. Die Einleitungen sind dazu getroffen; von Bremen aus hat man, so wird der „N.-Ztg." geschrieben, die erforderlichen Anträge gestellt und von hier aus die Grenzen bezeichnet, innerhalb welcher man den Anträgen entspreche wolle. Hauptsächlich war die Forderung eines großen Außenhafens streitig gewesen, doch glaubte man, sich hierüber verständigen zu können. Gleichwohl ist man noch immer nicht an die Sache herangetreten. Auf Befragen sind ausweichende Antworten erfolgt; nur so viel verlautet, daß man hofft, den nächsten Reichstag mit der Angelegenheit befassen zu können.

— [Aus den Kommissionen.] Die kirchenpolische Kommission berieth in ihrer heutigen Sitzung zunächst Art. 5 der Vorlage. Derselbe lautet: „Das Staatsministerium ist ermächtigt, für bestimmte Bezirke widerruflich zu gestatten, daß Geistliche, welche im Uebrigen die gesetzlichen Erfordernisse für die Ausübung geistlicher Amtshandlungen erfüllen oder von denselben dispensirt sind, zur Hilfeleistung im geistlichen Amt ohne die nach § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erforderliche Benennung verwendet werden." Hierzu beantragt Abg. Dr. Brüel an Stelle des Art. 5 zu setzen: „eine Benennung nach § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 wird bei Anordnung einer Hilfsleistung im geistlichen Amte ferner nicht erfordert". Der Kultusminister erwidert auf eine Frage des Abg. v. Zedlitz, daß im Art. 5 unter „Bezirken" nicht die Diözesen gemeint seien; bei Redaktion dieses Artikels habe man dabei zunächst an die Regierungsbezirke gedacht. Abg. v. Zedlitz meint, die Anwendung dieses Artikels 5 werde zu großen Bedenken führen, so lange die Benennungspflicht von Seiten der Kirche nicht anerkannt sei; er beantragt daher, ausdrücklich in diesen Artikel die Bedingung vorheriger Anerkennung aufzunehmen. Wenn er den Artikel mit einem solchen Zusatze für annehmbar halte, so setze er dabei voraus, daß der Artikel dahin zu verstehen ist: Auch der blos zur Hilfeleistung verwendete Geistliche muß (abgesehen von der Benennung) den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen; anderenfalls treten die Strafbestimmungen des Maigesetzes ein. Abg. Dr. Brüel erklärt, dieser Art. 5 der Regierungsvorlage sei derjenige, in welchem das System der diskretionären Vollmachten gipfele; aus wesentlich politischen Gründen sei er mit seinen Freunden daher außer Stande, für diesen Artikel zu stimmen. Abg. Dr. Franz will den Artikel 5 dahin verstanden wissen, daß durch denselben die absolute Benennungspflicht im Wesentlichen auf die Pfarrer eingeschränkt wird; dies entspreche auch dem früheren altpreußischen Zustande. Abg. Dr. v. Cuny möchte konstatirt sehen, daß der Artikel 5 nicht auf die früheren linksrheinischen Succursalpfarreien sich beziehe; denn es habe sich bei denselben nicht um eine bloße Verwendung zur Hilfeleistung" gehandelt und übrigens habe das Maigesetz die feste, dauernde Besetzung derselben vorgeschrieben. Im Uebrigen befürchte er, daß der Artikel 5 die Möglichkeit bieten werde, ähnlich wie in Baden geschehen sei, die Benennungspflicht zu umgehen. Der Kultusminister erklärt behufs Interpretation der Vorlage, daß dieselbe nicht an den Sprachgebrauch des kanonischen Rechts, sondern der Maigesetzgebung sich anschließe. Es falle daher nicht unter den Artikel 5 die Uebertragung eines Amtes; wenn ein beneficium verliehen werde, so bleibe die Benennungspflicht schlechthin bestehen. Der Artikel beziehe sich nur auf die Berufung zur Leistung von Hilfe bei einem angestellten Geistlichen; die Anwendung setze also voraus, daß die Stelle besetzt sei. Unrichtig sei also die Ansicht des Abg. Dr. Franz, daß die Anwendung des Artikels die Benennungspflicht auf die Pfarrer beschränken würde; ebenso sei es unrichtig, wenn derselbe Abgeordnete behauptet habe, eine solche Beschränkung entspräche dem früheren preußischen Rechtszustande; sowohl in den alten preußischen Provinzen, als in Hannover hätte das staatliche Genehmigungsrecht sich keineswegs auf die Pfarrer beschränkt. Dem Antrag v. Cuny stimme er darin bei, daß der Artikel 5 sich nicht auf die linksrheinischen sogenannten Sukkursalpfarreien beziehe. Der Kultusminister äußert sich sodann über die Nothwendigkeit, die besonderen Verhältnisse der Landestheile polnischer Nationalität zu berücksichtigen, in denen die Zahl der Nichtbenefiziaten ger-

besonders groß sei und ihre Thätigkeit in politischer Beziehung besonders in Betracht komme. Durch das bewußte Vorgehen der Geistlichkeit sei es dort gelungen, einen großen Theil der katholischen Deutschen der polnischen Bewegung zuzuführen. Abg. Dr. Windthorst meint, nach dem, was der Kultusminister über den Sinn des Artikels 5 gesagt habe, erschienen die Konzessionen, welche dieser Artikel mache, als sehr geringfügig. Abg. Dr. Franz bekämpft die Interpretation des Kultusministers und bestreitet, daß in Oberschlesien eine polnische Agitation stattfinde. Abg. Dr. v. Stablewski vertheidigt in einem längeren Vortrage die polnische Geistlichkeit und erklärt die Rechte der polnischen Nationalität für beeinträchtigt. Der Kultusminister erwidert: Jede preußische Staatsregierung werde in jedem Augenblicke Anlaß haben, die Frage der polnischen Agitation ernst zu nehmen, er theilt aus polnischen Zeitungen mehrere in denselben enthaltene starke Ausfälle gegen die deutschen Katholiken mit. Seit zwei Jahren sei den Behörden bekannt, daß ein vademecum bestehe, worin seitens der polnischen Geistlichkeit empfohlen wird, den deutschen Unterricht so zu leiten, daß derselbe wirkungslos bleibe. Abg. v. Bennigsen erinnert die hannöverschen Abgeordneten Windthorst und Brüel an die früher in Hannover, im Anschlusse an die allgemeine Rechtsentwickelung in Deutschland, geltend gewesenen Bestimmungen. Dort sei nicht nur bei der Besetzung der Pfarrämter, sondern hinsichtlich aller höheren Kirchendiener die staatliche Bestätigung verfassungsmäßig erforderlich gewesen, und dabei habe das beste Einvernehmen mit der Kirche bestanden. Das liefere doch den Beweis, daß die katholische Kirche sehr gut ein solches umfassendes Bestätigungsrecht des Staates ertragen könne. Herr Dr. Brüel sei unter der Herrschaft dieser hannöverschen Verfassungsbestimmungen Jahre lang Unterstaatssekretär im hannöverschen Kultusministerium gewesen und müsse also aus seiner eigenen Praxis doch wissen, daß die katholische Kirche dabei recht wohl existiren könne. Abg. Dr. Brüel meint, unter den „höheren Kirchendienern" habe man nur diejenigen verstanden, welche höher als die Pfarrer seien; er bestätigt, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Staat und Kirche in Hannover geherrscht habe. Abg. Dr. Windthorst meint, wenn er auf die Entstehung der betreffenden hannöverschen Verfassungsbestimmungen Einfluß gehabt hätte, würden dieselben anders ausgefallen sein. Die gute Praxis in Hannover habe das Verhältniß zwischen Staat und Kirche zu einem leidlichen gestaltet. Der Kultusminister tritt auf Grund des gesetzgeberischen Materials über die Entstehung der hannöverschen Verfassung der Ansicht des Abg. v. Bennigsen bei, daß nach derselben unter den „höheren Kirchendienern", welche nach § 72 der hannöverschen Verfassung der staatlichen Bestätigung bedurft hätten, auch die Kapläne verstanden worden seien. Er, Redner, habe nie eine bestimmtere und selbstbewußtere Stellung des Staates gegenüber der Kirche kennen gelernt, als in Hannover. Gegenüber den Meinungsverschiedenheiten über den Sinn der Regierungsvorlage wiederholt er, daß die geistlichen Aemter nicht unter den Artikel 5 fallen würden, daß der Artikel 5 Anwendung finde auf Abordnung zur Hülfeleistung bei besetzter Pfarre: was das Wort „widerruflich" betreffe, so habe bei der Fassung die des Art. 6 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 vorgeschwebt; mit dem Widerrufe trete die Benennungspflicht wieder ein. Abg. v. Zedlitz konstatirt, daß auf die Abordnung von Geistlichen zur Vertretung eines zwar noch vorhandenen, aber durch Krankheit und dergl. verhinderten Geistlichen der Artikel 5 keine Anwendung finde, und erklärt, nur dann für die Vorlage stimmen zu können, wenn die von ihm und seinen Freunden beantragte Klausel der vorherigen Anerkennung der Benennungspflicht in den Artikel aufgenommen würde. Abg. Windthorst erklärt, die heutigen Erörterungen machten ihm den Art. 5 in jeder Beziehung werthlos. Bei der Abstimmung wird der Antrag Dr. Brüel gegen 6 Stimmen (Zentrum und Polen) abgelehnt; sodann der freikonservative eventuelle Antrag gegen 7 Stimmen (freikonservative und nationallib.), die Regierungsvorlage gegen 4 Stimmen (konservative) abgelehnt. Die Kommission geht dann zur Berathung der ferneren Anträge Dr. Brüel über. Derselbe beantragt als Art. 6: „die dem Oberpräsidenten, nach § 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 verliehene Befugniß, eine Wiederbesetzung erledigter Pfarrämter durch Geldstrafen zu erzwingen, tritt außer Geltung." Der Kultusminister bekämpft den Antrag. Abg. Schmidt-Sangerhausen, erklärt Namens der Freikonservativen, daß sie die Stellung der Staatsregierung bei den Verhandlungen mit der Kurie nicht schwächen wollten, und daher zur Zeit sämmtliche Anträge Brüel ablehnen müßten. Abg. Windthorst erklärt, daß er sämmtlichen Anträgen Brüel beitrete, ohne sich dadurch irgendwie zur Anerkennung der übrig bleibenden Gesetzesbestimmungen verpflichten zu wollen. Der Antrag Brüel wird gegen die 6 Stimmen des Zentrums abgelehnt, ebenso nach kurzer Berathung die von demselben Abgeordneten beantragten Art. 7, 8, 9, 10. Die erste Lesung ist hiermit beendigt. Abg. Windthorst kündigt an, daß er in der zweiten Lesung die einzelnen Abänderungsanträge zu verschiedenen Gesetzen als besondere Gesetzentwürfe zu beantragen beabsichtige. Abg. v. Bennigsen bezweifelt, ob eine solche Berathung neuer Initiativanträge, welche den Charakter besonderer Gesetzentwürfe hätten, innerhalb des der Kommission ertheilten Auftrags liegt. Abg. Windthorst will die Entscheidung der Kommission überlassen; eventuell behalte er sich vor, solche Anträge im Plenum zu stellen. Die Diskussion hierüber wird abgebrochen. Die Kommission beschließt, die nächste Woche freizulassen. Der Vorsitzende wird erst in der zweitfolgenden Woche einen geeigneten Tag für den Beginn der zweiten Lesung bestimmen. — Die Budgetkommission berieth heute zunächst die Mehrforderung für eine dritte Ministerial-Direktorstelle im Kultusministerium. Die Forderung wurde von dem Regierungskommissar vertheidigt durch die Zunahme der Arbeitslast, insbesondere durch die Uebertragung des technischen Unterrichts auf das Kultusministerium, sowie durch Vermehrung der höheren und niederen Schulen Von andern Seiten wurde eingewendet, man könne keiner Verbesserung der höheren Stellen zustimmen, wenn die Mittel zur dringendsten Aufbesserung der niederen fehlten. Die Forderung wurde schließlich mit 6 gegen 6 Stimmen abgehnt, trotzdem der Referent Abg. Virchow sich dafür erklärte. Für die Schaffung einer zweiten Generalsuperintendentenstelle in der Provinz Sachsen traten die Regierungsvertreter lebhaft ein. Schon lange habe man sich mit einem Provisorium beholfen, da in einer Provinz mit 96 Diözesen ein Generalsuperintendent unmöglich alle Geschäfte besorgen könne. Dieser Zustand sei aber auf die Dauer unhaltbar. Ob zwar diese Darstellung aus der Kommission bestritten wurde, bewilligte die Majorität die Position. Bei der Position betr. den altkatholischen Bischof meldete Abg. v. Hüne an, daß im Plenum wieder der Antrag gestellt werden würde, diese Position in ein besonderes Kapitel zu bringen. Die für einen katholischen Professor der Philosophie in Breslau neu geforderten M. 5160 (dieser Professor soll angestellt werden, so lange der jetzige katholische Professor, der das Vatikanum nicht anerkannte, noch im Amte ist) wurden besonders von Abg. Dr. Weber bekämpft, da man hierdurch jeder Kirche die Möglichkeit einräume, eine Anstellung nach dem Glaubenbekenntniß zu verlangen, und zwar in einem Fach, in dem das Aufwerfen dieser Frage am allerwenigsten am Platze sei. Trotzdem wurde die Forderung bewilligt. Bei den Zuschüssen zu Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkassen erklärte der Vertreter der Unterrichtsverwaltung, daß man sich vollkommen bewußt sei, den Fonds von 250,000 Mark bald erhöhen zu müssen, und daß man mit der Zeit jedenfalls auf das Doppelte kommen werden. — In der heutigen Sitzung der Eisenbahnkommission wurden die Verträge über den Ankauf der Bergisch-Märkischen Bahn mit 13 gegen 6, der Thüringischen mit 14 gegen 6, der Berlin-Görlitzer und Kottbus-Großenheiner mit 12 gegen 9, der Märkisch-Posener und Rhein-Nahe-Bahn mit 11 gegen 10 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Die Beschlußfassung über den Kommunalsteuer-Paragraph wurde bis morgen ausgesetzt. — Die Petitionskomission beschäftigte sich heute mit der Petition mehrerer schleswig-holsteinischer Prediger, welche Aufhebung einer Verfügung der Kirchenbehörde beantragen, durch welche ihnen die Abhaltung öffentlicher Versammlungen in fremden Gemeinden, ohne vorgängige Einholung der Erlaubniß des betr. Ortspfarrers, das Halten von Vorträgen in solchen Versammlungen u. dgl. untersagt wird. Durch Stimmenmehrheit wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, da das Abgeordnetenhaus zur Entscheidung unzuständig sei. — Die Gemeindevertretung von Westerburg hatte Ausdehnung des nassauischen Gesetzes vom 2. Oktober 1862 über Chausseebau auf den Bau von Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung beantragt. Die Petition wurde für ungeeignet zur Behandlung im Plenum bezeichnet, da es den Bittstellern überlassen bleiben muß, nach der Verordnung vom 2. Sept. 1867, betr. die Kreisverfassung im Regierungsbezirk Wiesbaden, ihr Interesse zu verfolgen.

— Durch das Preisausschreiben vom 2. d. M., betreffend die Errichtung des Reichstagsgebäudes, war vorbehalten worden, die Mitglieder der Jury, welche über die eingehenden Entwürfe zu urtheilen berufen sein wird, demnächst namhaft zu machen. In Erledigung dieses Vorbehaltes werden jetzt im „Reichsanz." die Namen der Jurymitglieder mitgetheilt. Es sind: Aus der Mitte des Bundesraths: 1. der preußische Staatsminister Staatssekretär des Innern von Boetticher, 2. der bairische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf von Lerchenfeld-Köfering, 3. der würtembergische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister von Baur-Breitenfeld, 4. der großh. sächsische Geh. Legationsrath Dr. Heerwart, 5. der Ministerresident Dr. Krüger. — Aus der Mitte des Reichstags: 1. der Präsident des Reichstags von Levetzow, 2. der Abgeordnete Dr. von Forckenbeck, 3. der Abgeordnete Gerwig, 4. der Abgeordnete Dr. Freiherr von Heereman-Zuydwyk, 5. der Abgeordnete von Kehler, 6. der Abgeordnete Graf von Kleist-Schmenzin, 7. der Abgeordnete Loewe, 8. der Abgeordnete Fürst von Pleß. — Als Sachverständige: 1. der königliche Geh. Baurath F. Adler aus Berlin, 2. der kgl. Oberbaurath Egle aus Stuttgart, 3. der Architekt Martin Haller aus Hamburg, 4. der königl. Oberbaurath G. von Neureuther aus München, 5. der königl. Ober-Hofbaurath Persius aus Berlin, 6. der kaiserlich königl. Oberbaurath Fr. Schmidt aus Wien, 7. der königl. Baurath Statz aus Köln, 8. der Direktor der Akademie der bildenden Künste Anton von Werner aus Berlin.

— Das zweite Verzeichniß der beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen enthält deren 128. Die meisten davon behandeln die aus früheren Verzeichnissen bekannten Themata. Neue Petitionen von hervorragendem allgemeinen Interessen befinden sich nicht darunter.

— Ein Korrespondent der „Elberf. Ztg." hatte seine auch von uns s. Z. mitgetheilte Nachricht von einem bedeutenden Verlust des Herzogs von Cumberland bei dem Zusammensturz des Hauses Frensdorff in Hannover gegen das Dementi der „Germania" aufrechterhalten und erklärt, daß die drei Grafen Platen zu Hallermund, auf deren Namen ein Kapital von 2¼ Millionen bei dem Bankhaus Frensdorff angelegt war, nur ihren Namen dazu hergegeben hätten, um das der hannoverschen Königsfamilie gehörige Kapital dort unterzubringen. Jetzt erklärt Graf Platen zu Hallermund im „Rhein. Cour.", daß dies lediglich das eigene Vermögen der Grafen war.

— Heute haben hier die Steuer- und Wirthschaftsreformer ihre Jahresversammlung eröffnet. Frhr. von Thüngen hat eine Reihe von Anträgen gestellt, unter denselben befinden sich neben allgemeinen Beschlüssen in der Richtung der Bismarck'schen Steuerpolitik unter Anderen auch die Umwandlung der Branntweinsteuer in eine Schanksteuer und die Uebernahme der bäuerlichen Hypothekenschulden, so weit solche gesichert erscheinen, durch den Staat als unkündbare Rentenschuld mit jährlicher Tilgung.

— Nach den General-Rapporten, welche allmonatlich über die Kranken der königl. preußischen Armee, sowie des 12., 13. und 14. Armeekorps veröffentlicht werden, sind im vorigen Jahre durch Selbstmord nicht weniger als 273 Todesfälle vorgekommen.

— Auf die wiederholten heftigen Angriffe der Ultramontanen in der bairischen zweiten Kammer gegen den Minister v. Lutz hat der König von Baiern, wie aus München gemeldet wird, indirekt durch ein Schreiben an den Herrn v. Lutz geantwortet, welches nicht nur eine schmeichelhafte Anerkennung seiner Wirksamkeit enthält, sondern speziell dem Vertrauen des Königs zu Herrn v. Lutz Ausdruck gieb.

Oesterreich.

Krakau, 16. Februar. [Aus Serbien.] Einem Telegramm des Warschauer „Wiek" zufolge soll Serbien beschlossen haben, an der bosnischen Grenze ein Observations-Korps aufzustellen und zu diesem Zwecke mehrere Miliz-Bataillone erster Altersklasse zu mobilisiren.

Frankreich.

Paris, 16. Februar. [Die außere Politik Gambetta's] hätte Frankreich, wie der „National" nochmals ausführt, unfehlbar binnen Kurzem in neue Kriege verwickelt. Der „National" erklärt dabei, er bringe seine Beschuldigungen nicht vor, um auf einen Besiegten loszuhauen, sondern um darzuthun, wie leicht man ein Land auf eine unheilvolle Bahn leiten könne und wie wachsam daher die öffentliche Meinung und das Parlament sein müsse. Die von Gambetta geplante egyptische Expedition, die allein dem selbstsüchtigen England zu statten gekommen wäre, würde ein europäisches Bündniß gegen Frankreich hervorgerufen haben; es sei daher höchste Zeit gewesen, daß Frankreich einen andern Steuermann wählte, der nicht auf eigne Faust handle, sondern mit Europa die Schwierigkeiten zu ebnen suchte.

„Wir haben uns", schließt der „National", nicht ohne Geschicklichkeit freigemacht und England folgt uns, indem es sich den Anschein giebt, als ob es uns vorangegangen sei; die Türkei ändert ihren Ton; eine heilsame Pause gestattet, statt einer sofortigen und vereinzelten Vergewaltigung uns an die Uebereinstimmung der Mächte zu wenden. Die aufständische Regierung in Egypten wird den Vorstellungen eines ganzen Welttheiles keinen Widerstand entgegensetzen. Wenn wir die Aufrichtigkeit Montenegros und die militärischen Maßnahmen Oesterreich-Ungarns, welche den Aufstand in seinen Südprovinzen bald niederschmettern werden, in Anschlag bringen, so haben wir einige Gründe anzunehmen, daß wir noch keineswegs am Vorabend eines allgemeinen Brandes stehen. Rußland, das Opfer der Wirren, die seine sociale Umgestaltung begleiten, führt einen Mißton in diese Gesammtheit ein. Aber es ist zu hoffen, daß, wenn man ihm keine Gelegenheit liefert, sich in Abenteuer zu stürzen, man ihm viele Enttäuschungen und viele Reue ersparen wird."

So der „National", der bekanntlich eins der Organe des neuen Ministers des Aeußern ist. Dieses Blatt bestätigt, daß Gambetta nicht allein bei seiner inneren, sondern auch bei seiner äußeren Politik sich den Bonapartismus zum Muster genommen, Rußland vollständig gewonnen hatte und mit ihm auch auf Montenegro, Serbien und die übrigen kleinen Staaten der Balkanhalbinsel, welche Oesterreich lahm legen sollten, einwirkte. Napoleon III. sandte, als er 1858 nach dem Mordversuche von Orsini es seiner persönlichen Sicherheit halber für nothwendig hielt, Oesterreich aus Italien zu verdrängen, zahlreiche Agenten nach Oesterreich, um die Slawen gegen Oesterreich aufzuwiegeln. Gambetta machte dies nach, und zwar vor dem 14. November, wo er die Gewalt übernahm. Auch der Aufstand, welcher in den österreichischen Südprovinzen ausbrach, kann theilweise noch als eine Folge dieser Wühlereien angesehen werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Februar. [Die slawophile Presse] giebt sich, wie eine petersburger Korrespondenz der „Tribüne" meldet, nach wie vor große Mühe, die Aufregung gegen Oesterreich nicht zur Ruhe kommen zu lassen, sondern sie zu steigern. Wenn es bis zum Sommer Frieden bleibt, so ist das nicht ihre Schuld. Auch Deutschland wird gebührend berücksichtigt. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Regierung sei wach!" schlägt die „Ruskaja Retsch" gewaltigen Lärm wegen einer von Westen drohenden Gefahr. Bisher waren es nur die Tagesblätter, welche sich in Aufstachelung und Herausforderung ergingen; es muß großes Aufsehen erregen, daß jetzt auch sonst ernst und ruhig gehaltene Monatsschriften, wie die oben genannte, so aufregende Betrachtungen bringen. Die Monatsschrift warnt auf das Dringendste vor den Anschlägen Bismarck's, der nichts Geringeres als einen Ueberfall Rußlands plane und dies für seine nothwendig zu lösende Aufgabe halte, um dem deutschen Reich die dann unbestreitbare Hegemonie in Europa zu verschaffen. Besonders Neues hat allerdings die „Ruskaja Retsch" nicht herausgewittert, aber sie gruppirt die kursirenden Nachrichten und Gerüchte zu einem übersichtlichen Gesammtbilde. Die Pläne Bismarck's bestehen darin:

„Unter einem passenden Vorwande, den der Reichskanzler sich schon zu schaffen wissen wird, uns den Krieg zu erklären, schnell in Rußland einzudringen und Polen zu besetzen, ohne uns zur Mobilisirung Zeit zu lassen; sich der Gouvernements Kowno und Kurland zu bemächtigen, Libau und Riga zu besetzen, ohne deren Besitz Deutschland seine kommerzielle und maritime Oberherrschaft über die Ostsee nicht für gesichert halten kann. Sobald diese Provinzen in Folge der durch die Eisenbahnen rasch geförderten Mobilisirung von den Deutschen überschwemmt sind, was bei dem gänzlichen Mangel an Befestigungen am Niemen und der Wilja keine großen Schwierigkeiten bieten wird, werden die Eindringlinge sich dort in starken Stellungen festsetzen, um den Angriff der Russen zu erwarten; sie werden nicht mehr angriffsweise vorgehen wollen, sondern können sich einfach auf die Vertheidigung beschränken, was bei den jetzt erreichten Fortschritten der Kriegskunst viel vortheilhafter ist. Um aber die Bevölkerung der eroberten Provinzen zu sich hinüberzuziehen, wird man sofort verkünden, daß Deutschland keineswegs eine Einverleibung Polens beabsichtigt, sondern nach dem Friedensschlusse aus Polen ein konstitutionelles Königreich mit eigenem Herrscher zu machen gedenkt, das zur Wahrung seiner Existenz zu Deutschland in ein Vasallenverhältniß treten und daher die Oberleitung seiner Armee dem deutschen Kaiser überlassen müsse. Das Versprechen einer Wiederherstellung Polens wird aber einen allgemeinen Aufstand mit Blitzesschnelle zur Folge haben."

Der Verfasser führt dann des Weiteren aus, daß Rußland schwerlich im Stande sein dürfte, eine zahlreiche und wohlgeschulte deutsche Armee aus seinen Grenzen zu vertreiben, zumal da die Bewohner der westlichen Provinzen von glühendem Hasse gegen alles Russische brennen. Das ist aber noch nicht Alles.

„Wenn zu gleicher Zeit in der Türkei Unruhen angezettelt werden, so wird Rußland bald gezwungen sein, seine Interessen im Westen denen im Süden zu opfern — und dann wird es im Frieden von Warschau oder Riga an Deutschland das Königreich Polen, die Gouvernements Kowno, Kurland und Livland und vielleicht noch einen Theil vom Gouvernement Wilna abtreten müssen; und dann werden in den noch übrigen westlichen, ebenfalls früher polnischen Gouvernements ewige Unruhen herrschen, da die Bewohner sich Bestreben werden, Polen in seinen Grenzen von 1772 wieder herzustellen. Bismarck hat auch schon einen König für Polen bereit, nämlich den König von Sachsen, der sein Land an Preußen abtritt; aus den Ostseeprovinzen gedenkt er eine Sekundogenitur unter Prinz Friedrich Carl zu machen."

Nach der Meinung des Autors ist die internationale Lage diesen Anschlägen äußerst günstig.

„Gegen Frankreich und Oesterreich hat der kluge Kanzler schon seine Maßregeln ergriffen; das einzige Hinderniß für unmittelbare Ausführung dieser das Weltall umfassenden Pläne ist der Umstand, daß Kaiser Wilhelm noch am Leben ist, der mit dem russischen Herrscherhause durch die Bande der Verwandtschaft und langjähriger Freundschaft verbunden ist." . . „Der ehrwürdige Kaiser ist alt, sehr alt; seine Jahre, vielleicht nur Monate oder Tage, sind gezählt, und sein Nachfolger ist durch kein persönliches Gefühl gebunden, das ihn bewegen könnte, von einem so günstige Aussichten bietenden Kriege abzustehen. Bismarck dagegen ist noch rüstig; sein Kampf mit dem Parlament verschärft sich immer mehr; wer weiß, vielleicht verschärft er diesen Kampf absichtlich, um einen äußeren Krieg unvermeidlich zu machen, der die inneren Wirren zu Ende bringt. Wer weiß? sein scharfblickender Verstand erblickt wohl schon die Möglichkeit, im kommenden Sommer die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen. Das sind die Gefahren, die uns drohen, und wahrscheinlich schon in nächster Zukunft drohen! Wir sollten daher Hilfe von Außen und Vertheidigung im Innern suchen. Wir aber ...."

[Neue Judenhetzen.] Im Kiewer Gouvernement sollen der „N. Fr. Pr." zufolge neue Judenhetzen stattgefunden haben. Der Gouverneur Todleben erklärte, er werde gegen dieselben nur dann einschreiten, wenn er hierzu aus Petersburg die Ermächtigung erhalte. Diese Erklärung hat eine deprimirende Wirkung hervorgerufen.

Rumänien.

[Erkrankung der Königin.] Einem Schreiben des „Pester Lloyd" zufolge ist Königin Elisabeth von Rumänien bereits seit mehreren Wochen an einem Ohrenleiden nicht unbedenklich erkrankt. Sie hatte einer im Gehörgange ihres linken Ohrs sich anspinnenden Entzündung anfangs wenig Beachtung geschenkt. Das Uebel nahm jedoch ganz unerwartet derartige Dimensionen an, daß durch den Umfang der Absceßbildung nicht nur das Gehör-Organ bedroht wurde, sondern auch eine Weiterverpflanzung der Entzündung auf Gehirn und Gehirnhäute zu befürchten stand. Der bekannte Spezialist für Erkrankungen des Gehör-Organs, Professor Lucae in Berlin, ist Freitag Abend in Bukarest eingetroffen und hat nach eingehender Untersuchung des Krankheitszustandes die beruhigende Versicherung abgeben können, daß zwar das Gehörvermögen des erkrankten Organs

kaum gerettet werden dürfte, daß aber für eine weitere Verbreitung der Entzündung auf die benachbarten Gehirnpartieen vorläufig keine Gefahr vorhanden sei.

Stadttheater.

Posen, den 18. Februar.

„Inspektor Bräsig", Lebensbild in fünf Akten, nach Fritz Reuter's Roman „Ut mine Stromtid" frei bearbeitet von Th. Großmann und J. Krüger, so lautete der vollständige Titelinhalt des gestrigen Theaterzettels; es ist damit der Charakter und zum Theil auch der dramatische Werth dieses Bühnenwerkes hinlänglich angedeutet. Es ist eine jener in unserer Bühnenliteratur nicht gerade seltenen szenischen Bearbeitungen eines bekannten Romans, oder sagen wir lieber: es sind szenisch aneinandergereihte lebende Bilder, mehr oder minder berechtigt, dem berühmten Werke Reuter's auch von der Bühne herab Satisfaktion zu geben. Die Bearbeiter haben ihre Szenen nicht ungeschickt aneinandergereiht; aber wie schon eine hochdeutsche Uebertragung des Romans selbst der natürlichen Wirkung Eintrag thäte, so muß erst recht die Wirkung all' dieser Typen in vollster Persönlichkeit von der Bühne herab darunter leiden, wenn sie nicht sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, wenn eine der wesentlichsten Zierden dieser Figuren, ihre Sprache, ihnen genommen wird. Reuter's vollendete Kunst, seine Personen so greifbar realistisch zu gestalten, daß sie dem Leser gleichsam vors körperliche Auge treten, haben unseren Malern vielfach die Aufgabe erleichtert, im Bilde das Gebotene nachzuschaffen; tritt dieselbe Aufgabe an den darstellenden Künstler heran, so gehört viel Kunst dazu, fest eingewurzelten Formen so nachzuleben, daß die Illusion des Zuhörers nicht beeinträchtigt wird. Aber gerade nach dieser Seite hin ließ die gestrige Aufführung Manches zu wünschen übrig, es hätte oft weniger platt gespielt und mehr platt gesprochen werden können. In der Titelrolle leistete Herr Retty allerdings sehr Ansprechendes, er wußte auch den Dialekt zu handhaben, und seiner Rolle zunächst verdankte der Abend seinen vielfachen Lacherfolg. th.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 18. Februar, Abends 7 Uhr.

Das **Abgeordnetenhaus** erledigte die zweite Lesung einer Reihe von Etatstheilen in unerheblicher Debatte.

Bei dem Dispositionsfonds des Staatsministeriums spricht Richter sich gegen die Bewilligung aus und fragt, ob der Vorsteher des literarischen Bureaus der Verfasser des Konfliktsartikels in der „Politischen Korrespondenz" sei. Er zitirt eine Reihe von Artikeln der „Provinzial-Korrespondenz", woraus hervorgehe, daß der Ton dieses amtlichen Blattes so unanständig sei, wie ihn kein anderes angeschlagen habe. Das Verhalten des Blattes bei den Wahlen sei eine „politische Brunnenvergiftung" schlimmster Art gewesen.

Minister v. Puttkamer erwidert, nur diejenigen würden gegen den Dispositonsfonds stimmen, welche die Brücke zwischen sich und der Regierung als abgebrochen betrachteten. Die Frage nach dem Autor des Konfliktsartikels könne er nicht beantworten, da er außer in Disziplinarfällen einer solchen Autorschaft nicht nachspüren könne. Die Ausfälle der „Provinzial-Korrespondenz" seien der Hitze des Wahlkampfes zuzuschreiben; es werde darauf gehalten werden, daß beleidigende Ausdrücke unterbleiben. Die Fortschrittspartei sehe nur den Splitter im fremden, nicht den Balken im eigenen Auge; die Art, wie die Fortschrittspartei den Wahlkampf geführt habe, verhalte sich zur Haltung der „Provinzial-Korrespondenz" wie Bachesrieseln zum Katarakt. Die Artikel der Korrespondenz seien im Ton scharf, sachlich aber in jeder Beziehung zutreffend. Der Minister sichert zu, dafür sorgen zu wollen, daß im Kampf gegen die Fortschrittspartei die Form gewahrt werde, erwartet gleiches Verhalten aber auch von der anderen Seite.

Das Abgeordnetenhaus vertagte schließlich die weitere Berathung des Dispositionsfonds bis Montag.

Rauchhaupt und Meyer sprachen für, Richter nochmals gegen die Bewilligung.

Rickert beantragte Verweisung an die Budgetkommission.

Bennigsen erklärte, der Fonds sei seit 17 Jahren jeder Regierung bewilligt, es liege kein Anlaß vor, denselben heute zu verweigern. Die Nationalliberalen wollten damit aber keine Billigung der Haltung der „Provinzial-Korrespondenz" aussprechen. Die Art und Weise, wie die offiziöse Presse Personen und Parteien in der letzten Wahlkampagne angegriffen, habe nichts genützt, aber viel geschadet. Wie diese Presse jetzt die politischen Fragen behandele, könne es nicht weiter gehen, er hoffe, die Regierung werde dafür sorgen, daß die ihr nahestehende Presse ein Muster werde für die übrigen Organe.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 11. Februar 1882 erschienene Nr. 7 der „Musik-Welt". Musikalische Wochenschrift für die Familie und den Musiker, herausgegeben von Max Goldstein, enthält: Die Vorzüge der komischen Oper. Von Dr. A. Lindgren in Stockholm. — Wiener Brief. III. Von E. H. — Liebestränke. Von G. Doempke. — Berliner Aufführungen: Camille Saint-Saëns, Damen-Vokal-Quartett; besprochen von Max Goldstein; Domchor-Konzert, besprochen von Th. Krause; „Die Perser" des Aeschylos, Komposition des Erbprinzen von Meiningen; Italienische Oper. — Führer durch die musikalische Literatur. Von Moritz Moszkowski. — Notizen aus der Tagesgeschichte.

* Vom 1. April a. c. ab wird halbmonatlich (jeden 1. und 15.) im Verlage der Annoncen-Expedition von Heinrich Eisler in Hamburg eine neue Zeitung erscheinen und zwar der „Deutsche Heiraths-Anzeiger, Spezial-Zeitung für Heiraths-Offerte". Das System der Heiraths-Zeitungen, Matrimonial-News 2c. ist bekanntlich englischen und amerikanischen Ursprungs. Bei dem billigen Abonnementspreis von M. 1,50 vierteljährlich wird es dem Unternehmen nicht an Abnehmern fehlen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 18. Februar.

r. **Personalien.** Der Amtsrichter Reinicke in Wollstein ist an das Amtsgericht in Wriezen versetzt worden.

— **Nachruf.** Man schreibt uns: Wieder hat Posen einen seiner besten Bürger durch den Tod verloren. Am Freitag Nachmittag wurde (wie wir bereits mitgetheilt) der Kaufmann und Holzhändler S. D. Jaffé zur Erde bestattet. Das unabsehbare Leichenbegängniß, an dem sich alle Konfessionen und Stände betheiligten, gab Zeugniß von der Verehrung, deren sich der Verstorbene bei allen Klassen der Bevölkerung zu erfreuen hatte. Jaffé betrieb seit 40 Jahren ein großes Holzgeschäft hier zu Lande, in Polen und Rußland, und hunderte von Leuten fanden bei ihm angenehme Stellung, reichlichen Erwerb und liebevolle Behandlung. Neben außerordentlicher Liebenswürdigkeit und Bescheidenheit zeichnete er sich durch ganz immense Wohlthätigkeit aus; er half stets und mit voller Hand. Dies kam jedoch nicht in die Oeffentlichkeit, weil er es nicht liebte, mit seinen guten Werken zu prunken. Die Armen und Bedrückten verlieren am meisten durch seinen Hingang. Leicht werde die Erde diesem braven Manne.

— **Herr Max Engelsdorff** geht — wie uns mitgetheilt wird — mit dem 1. September d. J. an das großherzogliche Hof-Theater in Oldenburg, wo derselbe ebenfalls das hier seit zwei Wintern mit so vielem Erfolg bekleidete Fach der 1. Bonvivants und 1. Konversations-Liebhaber inne haben wird. Für den noch sehr jungen Künstler ist dieses ein bedeutender künstlerischer Fortschritt, zu welchem wir demselben gratuliren.

♒ **Kolmar i. P.**, 17. Februar. [Provinzial-Landtagswahl. Kreistag.] Heute Vormittags 11 Uhr traten die Wähler der zu einer Kollektivstimme vereinigten Städte der Kreise Wongrowitz, Czarnikau und Kolmar i. P. in dem Bureau des hiesigen Landrathsamtes zur Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten und zweier Stellvertreter zusammen. Geleitet wurde dieselbe, da der zum Wahlkommissarius ernannte Landrath v. Colmar behindert war, mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten von dem Landrath v. Boddien zu Czarnikau. Anwesend waren 19 Wähler; es fehlten somit nur 2 Wähler, da die gesammte Wählerzahl der drei Kreise 21 beträgt. Gewählt wurden einstimmig zum Provinzial-Landtagsabgeordneten Bürgermeister Alberti zu Wongrowitz, zum 1. Stellvertreter Apotheker Selle zu Czarnikau und zum 2. Stellvertreter an Stelle des Kaufmanns Werker zu Margonin, welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte, der Kaufmann Röstel zu Filehne. Die Wahlperiode ist eine sechsjährige und dauert vom Jahre 1882 bis 1888. — Am 13. März cr. findet hierselbst unter dem Vorsitze des Landraths v. Colmar ein Kreistag statt.

z. **Tirschtiegel**, 16. Febr. [Personalien. Fleischschau.] Für die Gemeinde Rogien sind der Eigenthümer Bresch zum Gemeindeschulzen und Ortserheber, sowie die Eigenthümer Schulz und Draber zu Gemeindeältesten gewählt und bestätigt worden. Für die Gemeinde Dreifrei-Heidemühle ist der Schmiedemeister Unger zum Gemeinde-Exekutor gewählt und bestätigt worden. — Unter dem Rindvieh des Dominiums Kurzig ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. — Die Gemeinde Dormowo hat den Mühlenbesitzer Obst und den Eigenthümer Semklo daselbst zu Gemeindeältesten gewählt und hat diese Wahl bereits die Bestätigung erhalten. — In den Polizei-Distrikts Bentschen und Betsche ist nun die obligatorische Fleischschau für alle zum Genuß für Menschen geschlachtete Schweine eingeführt worden. Zu Fleischbeschauern sind ernannt: Lehrer Gogol in Brandorf, Eigenthümer Jeschke in Brausendorf, Lehrer Münchberg in Krosnitz, Eigenthümer Hübner in Friedenhorst, Ortschulze Weber in Grubske, Kantor Haake in Kranz, Lehrer Schulz in Kuschten, Lehrer Bombicki in Standel, Lehrer Kirschke in Strehse, Heilgehülfe Springer in Betsche, Gastwirth Ceglarz in Lowin, Eigenthümer Kliem in Punken-Hauland, Gastwirth Zerbe in Scharzig, Gastwirth Koschitzke in Schilln.

.†. **Wronke**, 17. Februar. [Aus der evangelischen Gemeinde.] Die hiesige evangelische Gemeinde hat mehr Glück als andere. Während viele Pfarren der Provinz leer stehen wegen Mangels an Bewerbern, ist nach der hiesigen, die am 1. April durch Versetzung des in seine Heimath zurückkehrenden Pfarrers Falkenberg vakant wird, eine eifrige Nachfrage erfolgt. Sieben Gastpredigten sind schon abgehalten. Nachdem am 19. d. die letzte gehört sein wird, soll dem Vernehmen nach die engere Wahl vollzogen werden. Bei dem allgemeinen Verlangen der Gemeinde, die Pfarre nicht verwaist zu sehen, ist solche Beschleunigung der Wahl um so anerkennenswerther, als die Neigung der Gemeinde sich bereits entschieden zu haben scheint.

♂ **Birnbaum**, 16. Febr. [Standesamtliches. Fleischschau.] Im Bezirk des Standesamts Birnbaum, zu welchem im Ganzen 40 Ortschaften mit den dazu gehörigen kleineren Etablissements gehören, fanden im Jahre 1881 366 eheliche und 37 uneheliche Geburten, 269 Sterbefälle und 86 Trauungen statt. An Stelle des Eigenthümers und Schulzen Hirte zu Orzeszkowo ist der frühere Eigenthümer und Gemeindeältester Lehmann zu Orzeszkowo zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Milostowo ernannt worden. Der Standesbeamte Lehrer Wilsch in Lubosch ist gestorben. — Im Polizeidistrikt Birnbaum dürfen seit dem 6. d. M. von den konzessionirten Fleischbeschauern nicht mehr Brennstempel, sondern Farbenstempel für trichinenfrei befundene Schweine verwendet werden, und ist keinem Fleischbeschauer gestattet, ihm aus anderen Bezirken zugeführte Schweine zu untersuchen, es sei denn, daß er ausdrücklich für diesen oder jenen Bezirk noch als Stellvertreter ernannt ist.

XX **Nakel**, 17. Februar. [Feuer. Viehmarkt. Kartoffelpreise.] In der Scheune des Ackerwirths Kawczynski in dem ¼ Meile von hier entfernten Dorfe Trzeczewnica brach gestern früh Feuer aus, wodurch das Gebäude vollständig vernichtet wurde. Dasselbe stand isolirt an der von Nakel nach Bromberg führenden Chaussee und war darin nur etwas Heu aufbewahrt. Gebäude wie Inhalt waren nur niedrig versichert. Ueber die Entstehung des Feuers läßt sich Bestimmtes nicht mittheilen. — Der heute hier abgehaltene Schweinemarkt war von Käufern stark besucht, dagegen war der Auftrieb an fetten wie magern Schweinen sehr gering. Für fette Waare wurden bis 42 Mark pro Zentner lebend Gewicht gezahlt und magere Schweine waren im Verhältniß zu den fetten noch bedeutend theurer. Gut genährte Ferkel von 3 bis 4 Monaten erzielten Preise bis zu 30 Mark und war der Markt um 11½ Uhr Morgens bereits vollständig geräumt. Auch die Nachfrage nach Fohlen ist erfreulicherweise wieder stärker geworden und werden dafür jetzt gute Preise gezahlt. Zu Anfang dieser Woche hatten sich auswärtige Pferdehändler hier eingefunden, welche eine Menge Fohlen auf den umliegenden Dörfern kauften und für zweijährige bis 300, für dreijährige bis 400 Mark zahlten. — Die Preise für Kartoffeln haben in der letzten Zeit eine Steigerung erfahren und wird jetzt der Zentner mit 1,70 bis 1,80 M. bezahlt. Es wird nämlich sehr über Fäulniß dieser Frucht geklagt und sollen viele Besitzer schon solche Verluste dadurch erlitten haben daß sie gezwungen sind, selbst Kartoffeln zur Saat kaufen zu müssen.

♒ **Schneidemühl**, 17. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung. Schwurgericht.] In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Versammlung zunächst der Antrag betreffend die Anlegung einer Promenade auf der Bromberger Chaussee von der Küddowbrücke bis zum Eisenbahnübergange für städtische Rechnung zur Berathung vorgelegt. Bekanntlich sind die Pappeln an dieser Chaussee, da deren Beseitigung im allgemeinen Interesse geboten erschien, seitens des Chausseefiskus verkauft worden und werden im nächsten Frühjahre durch Linden ersetzt werden. Der Magistrat hält diese Gelegenheit zur Ausführung einer Promenadenanlage für günstig und glaubt diesen Zeitpunkt nicht unbenutzt vorübergehen lassen zu dürfen, weshalb derselbe die Einsetzung einer gemischten Kommission beantragt, welche dem Projekte näher treten und namentlich hinsichtlich des Kostenpunktes genaue Ermittelungen anstellen soll. Bürgermeister Wolff glaubt, daß sich die allerdings nicht geringen Kosten bedeutend durch einen ins Leben zu rufenden Verschönerungsverein, durch Theateraufführungen 2c. vermindern würden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Magistrats jedoch fast einstimmig abgelehnt. Eine sehr lebhafte Debatte rief der wiederholte Antrag des Rektors Ernst auf Erweiterung der städtischen Töchterschule um eine sechste Klasse hervor. In Bezug hierauf hatte die Versammlung schon in ihrer Sitzung am 21. v. M. ein ablehnendes Votum abgegeben und den Magistrat ersucht, zuvörderst bei der Regierung zu Bromberg anzufragen, ob und welcher Zuschuß der Kommune gewährt werden würde, wenn die Töchterschule um eine 6. resp. 7. Klasse erweitert werden würde. Rektor Ernst sucht nun in seinem zweiten Antrage nachzuweisen, daß sich die Kosten, auch selbst wenn ein Lehrer mit 1800 M. Gehalt angestellt werden würde, nicht höher zu stehen kommen, als der Zuschuß aus der Kämmereikasse pro 1881 bis 1882 betragen habe, also pro Schülerin 29,28 M. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß nach dem ihm zugegangenen Töchterschulkassenetat pro 1882—1883 die Einnahmen 7621 M. betragen und die Ausgaben sich unter Hinzurechnung des Gehalts für den Lehrer der neu einzurichtenden sechsten Klasse inkl. der Nebenausgaben auf 12,454,62 M. belaufen würden Der aus der Kämmereikasse zu zahlende Zuschuß würde also 4833,62 M. d. i. 36,33 M. pro Schülerin, angenommen wenn sich auch wirklich die Zahl der Schülerinnen auf 160 vermehren sollte, betragen. Es wurde darauf mit 7 gegen 7 Stimmen beschlossen (die Stimme des Vorsitzenden gab den Ausschlag) den früher in dieser Angelegenheit gefaßten Beschluß aufrecht zu erhalten. In Bezug auf den mit dem Ziegler Otto abgeschlossenen Kontrakt wird dem Antrage des Magistrats entsprechend darin gewilligt, daß vor der Ziegelmaterialausschachtung im ablaufenden Kontraktsjahre die betreffenden Plätze von dem Magistrat angewiesen werden. Im verflossenen Herbste sind von der Polizeiverwaltung zur Verhütung des Ausbruchs eines angekündigten Krawalls gegen die hiesigen jüdischen Bürger verschiedene Vorkehrungen getroffen worden, welche eine Ausgabe von 280,56 M. verursacht haben. Der Magistrat stellt nunmehr den Antrag, diese Kosten zu bewilligen. Bürgermeister Wolff bemerkt, daß sich diese Kosten um 100 M. verringern werden, welche als Belohnung für die Ermittelung des Thäters, der die bekannten aufreizenden Plakate an die Straßenecken angeschlagen, deponirt worden sind, vorausgesetzt, wenn der Thäter unermittelt bleibt. Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen. — Am 27. März d. J. beginnen hierselbst die Sitzungen der diesjährigen zweiten Schwurgerichtsperiode. Zum Vorsitzenden ist der Landgerichtsrath Strahler hierselbst ernannt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Sozialistenprozeß.

✳ **Posen**, 18. Februar. Der Staatsanwalt beantragte gegen Mendelsohn 4 Jahre Gefängniß und 3 Monate Haft, gegen Truszkowski 5 Jahre Gefängniß und 3 Monate Haft und Zulassung der Einschränkung des Aufenthalts, gegen Janiszewski 3 Jahre Gefängniß und 3 Monate Haft, gegen die v. Jankowska 6 Monate Gefängniß und Zulässigkeit der Einschränkung des Aufenthalts, gegen Bujakiewicz 6 Monate Gefängniß, 110 Mark Strafe eventuell 22 Tage Haft, gegen Kojobucki 3 Monate Gefängniß, gegen Goryszewski 3 Monate Gefängniß, welche durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten sind, gleichzeitig auch auf Unbrauchbarmachung der beschlagnahmten Schriften zu erkennen. Die Verkündung des Urtheils findet am Montag statt. Ausführlicher Bericht folgt.

Landwirthschaftliches.

Kartoffelbau. Auf Veranlassung des Herrn Ministers für die Landwirthschaft ist im Interesse des heimischen Kartoffelbaues in der landwirthschaftlichen Presse schon vielfach auf einen vermehrten Anbau der schottischen (Fifeshire)-Champion-Kartoffel als empfehlenwerth hingewiesen worden. Aus den von namhaften deutschen Landwirthen erzielten und veröffentlichten Resultaten aus Anbauversuchen, welche sie mit der Champion-Kartoffel im Vergleich mit anderen Arten angestellt haben, bestätigen sich die vorzüglichen Eigenschaften der Champion-Kartoffel auch für Deutschland. Dieselbe hat vermöge ihrer Zähigkeit, im Gegensatz zu allen sonstigen Kartoffelarten, da sie wie keine andere Spezies, Nässe und Kälte erträgt, der eigentlichen Kartoffelkrankheit immer mit Erfolg Widerstand geleistet und besitzt eine kolossale Ertragsfähigkeit. Auch für unsere Provinz dürfte sich der Anbau aus den erwähnten und erwiesenen Eigenschaften empfehlen, jedoch müßte besonders darauf geachtet werden, die wirklich echte schottische (Fifeshire)-Champion-Kartoffel als Saat zu verwenden.

Staats- und Volkswirthschaft.

V. **Anbau des Stachelginsters.** Für solche Grundstücke, welche bei geringen Ackerklassen nur ein schwaches Wiesenverhältniß aufweisen, ist der Anbau des Stachelginsters (ulex europaeus) außerordentlich zu empfehlen, indem derselbe mit den geringsten Bodenqualitäten vorlieb nimmt. In England und Irland bestehen bereits seit Menschengedenken Stachelginsterkulturen, die sich dort perennirend erhalten haben. In den ersten beiden Jahren bringt die Ginsteranlage allerdings nichts ein, muß in dieser Zeit vielmehr völlig geschont werden und erst vom dritten Jahre an kann die Pflanze geschnitten werden, liefert dann aber auch recht ansehnliche Erträge; der magdeburger Morgen einer gelungenen Kultur muß 50—100 Zentner jährlich bringen. — Nach der Wolff'schen Futtertabelle enthält der Stachelginster an verdaulichen Stoffen 1,8 Proz. Eiweiß, 25,2 Proz. Kohlehydrate und 0,6 Proz. Fett, sein Nährstoffverhältniß ist also wie 1 : 14,5 und der Geldwerth desselben beträgt pro Zentner 1 Mark 49 Pf.

V. **Gerstenspreu als Vertilgungsmittel für Kleeseide.** Zu den vielen Vertilgungsmitteln der Kleeseide ist neuerdings die Gerstenspreu getreten. Ein elsässischer Landwirth, welcher nach dem Abmähen des Klees die infizirten Plätze mit Gerstenspreu überstreut hatte, so daß die Stoppeln ungefähr 5—6 Centimeter hoch damit bedeckt wurden, hat hierdurch die Cuscuta binnen 14 Tagen gänzlich vertilgt; — beiläufig bemerkt, fiel einige Tage nach Anwendung dieses Mittels ein ausgiebiger Regen.

Ⓨ **Nürnberg**, 16. Februar. [Hopfenbericht von Leopold Held.] Der Verkehr am Hopfenmarkte beschränkte sich bei gedrückter Tendenz vornehmlich auf den Exportbedarf, da für den Kundschaftshandel nur ganz wenig verlangt wird. Die Exporteure kaufen täglich 150—250 Ballen zum Preise von 70—78 M., über 78 M. gehen sie nicht. Die Zufuhren waren in letzter Zeit sehr belangreich.

Vermischtes.

* **Für Prof. Mommsen** ist die nächste Folge der gegen ihn erhobenen Anklage des Reichskanzlers die, daß er sich genöthigt sieht, seine Reise nach Italien, die er in nächster Zeit antreten wollte, aufzugeben, da der Prozeß wahrscheinlich durch mehrere Instanzen geführt wird.

* **Berlin**, 8 Februar. [Der Goldschatz Schliemanns.] Gestern war der erste Tag, wo die Schliemann-Sammlung allgemein zugänglich und sogar der bis jetzt so eifersüchtig vor profanen Augen gehütete Goldschatz sichtbar war. Wenige Worte werden genügen, um hier darauf hinzuweisen und damit den Bericht über die Schliemann-Ausstellung vorläufig bis auf Weiteres zu schließen. Der größte Theil der hier ausgestellten Sachen wurde bekanntlich von Schliemann in einer viereckigen Masse zusammengepackt vorgefunden, so daß ihm der Gedanke kam, es könnte Jemand den Schatz eilig in eine Kiste zusammengepackt haben, ohne zum Wegschleppen Zeit zu finden. Doch haben sich später auf derselben Mauer und nur wenige Schritte von dem

Punkte entfernt, wo der sogenannte große Schatz aufgetaucht war, noch andere Kostbarkeiten vorgefunden, so daß an ein absichtliches Verstecken dort nicht zu denken ist. Die beiden Hauptstücke der Sammlung sind ohne Zweifel die beiden Diademe, von denen je eines an der Längsseite der Vitrine ausgestellt ist; von einem schmalen goldenen Stirnband hängen eine große Zahl kleiner und großer goldener Ketten herab, je nachdem der Theil über die Stirn oder über die Schläfe fallen soll, und die Kettchen sind von Zeit zu Zeit durch kleine goldene Blätter unterbrochen und gehen unten in breite Blätter aus, in denen Schliemann Abbilde seines eulenköpfigen Idols sehen möchte. Besonders zahlreich sind die Halsbänder, aus lauter kleinen Goldperlen und Blättchen zusammengesetzt, und Ohrringe, aus mehreren zusammengelötheten Drähten bestehend, die nach hinten nur in einen spitz verlaufenden Draht sich fortsetzen. Als Ohrringe sind wohl auch die unsern Hemdenknöpfen ähnelnden Knöpfchen zu bezeichnen, die paarweis zusammengehören, indem der eine mit einem Dorn in die Röhre des andern eingefügt werden kann; andere, mit einem an den Ring sich anfügenden Zylinder, von dem eine große Zahl Kettchen mit Blättchen herabhängen, scheinen direkt als Seitenstücke zu den zwei Diademen gedient zu haben. Die zweite Längsseite zeigt auch eine große Zahl massiver Armbänder, die aus mannigfach gebogenem Golddraht bestehen; das schönste aus dem ganzen Goldschmuck ist aber unstreitig die kleine Zahl goldener Haarnadeln oder Spangen, welche auf der schmalen dem Fenster zugewandten Seite aufgestellt sind; die eine stellt über eine Querstange eine in vier Streifen zerfallende Platte dar, auf welche feine Spirallinien aus Golddraht aufgelöthet sind, und oben sind als Schmuck noch sechs zweihenklige Krüge angebracht; die andere zeigt oben einen blumenförmig verzierten Knopf, der von oben und unten durch zwei an beiden Enden in Spiralen verlaufende Golddrähte fest umschlossen wird. Ueberhaupt bilden die Spiralen den gewöhnlichsten Schmuck, so namentlich auf zwei großen Armbändern. — Ueber den anden Schmucksachen auf dem Rücken der Etagère sind mehrere große Goldgefäße aufgestellt, die weniger durch die Kunst, mit der sie angefertigt, als durch den Metallwerth hervorragen; namentlich das eine, eine rundbauchige Flasche, erscheint interessant, insofern sie zeigt, wie man das Gold zu treiben verstand. Das schwerste Stück ist der zweihenklige Becher, der ein Gewicht von 600 Gramm hat. — Nach einer andern Seite hin interessant ist der neben den erwähnten Bechern aufgestellte in der sogenannten zweiten Stadt gefundene Schädel einer Trojanerin, von Virchow sorgfältig zusammengesetzt, der sowohl seinen Formen als den dabei gefundenen goldenen Schmucksachen nach einem Weibe, und zwar, wie aus den wohlerhaltenen Zähnen sich ergiebt, einem jungen Weibe angehört haben muß. — An der rechten Wand des oberen Saales ist übrigens auch noch die von Schliemann gleich im Anfange seiner Ausgrabung gefundene Metope angebracht, deren Abguß schon seit längerer Zeit im Museum sichtbar ist; Helios, der Sonnengott, mit einer eigenthümlichen Strahlenkrone um das Haupt, ist dargestellt, wie er mit seinem Viergespann gleichsam aus dem Grunde herausfährt. Die Skulptur ist im äußersten Maße lebendig gehalten und ist für die Geschichte der bildenden Kunst unter den Diadochen (denn auf deren Zeit geht sie ohne Zweifel zurück) von ziemlicher Bedeutung. Wahrscheinlich gehörte sie zu einem Apollotempel des hellenischen Ilion, dessen Spuren in der obersten Kulturschicht zahlreich sich fanden. In ihr, sowie in den andern Trümmern der hellenischen Stadt, besonders den auf dem Tisch Nr. 23 aufgestellten Terrakotten, wird man auch das Prinzip der Schönheit vertreten finden, das bei den tiefern troischen Funden, trotz alles Interesses, das sie erregen, wenig in Betracht gekommen ist.

Briefkasten.

J. L. Sie könnten zwar die Ihnen ohne Bestellung übersendeten Zigarren einfach auf die Straße werfen, da aber in der Zusendung eine Offerte zum Kauf gefunden werden kann, thun Sie besser, wenn Sie dem Absender schriftlich eröffnen, daß Sie von seinen Zigarren keinen Gebrauch machen wollen, ihm dieselben vielmehr zur Verfügung stellen. Inzwischen können Sie die Kiste sowohl bei sich aufbewahren, und haften dann bei der Aufbewahrung nur für diejenige Sorgfalt, die Sie bei Ihren eigenen Sachen anwenden, oder Sie können dieselbe auf Kosten des Absenders bei einem Spediteur aufbewahren lassen. Zu weiteren Maßnahmen, namentlich aber zur Rücksendung der Zigarren sind Sie weder befugt noch verpflichtet. Die Anzeige machen Sie dem Absender möglichst bald, damit er nicht zu der Annahme berechtigt wird, daß Sie die Sendung genehmigen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Standesamt der Stadt Posen.

In der Woche vom 12. bis einschließlich 18. Februar wurden angemeldet:

Aufgebote.

Sergeant und Bataillons-Tambour August Kujawski mit Auguste Tonn, Musiker Felix Klemczynski mit Karoline Weigelt, Kaufmann Hermann Fechner mit der Wittwe Ernestine Gabler geb. Prentzel, Maurer Adolf Kawall mit Emilie Jank.

Eheschließungen.

Arbeiter Ludwig Krzywinski mit der Wittwe Florentine Nawrocka geb. Glowacka, Maurer Julius Johr mit Josefa Dütrich, Arbeiter Adalbert Przewozny mit Monika Dalesynska, Kaufmann Salomon Michelsohn mit Bertha Busch, Arbeiter Michael Niklewski mit der Wittwe Michalina Ratajczak, ständischer Kreis-Kassen-Rendant Balthasar Böder mit Valentine Ertel, Tischler Peter Przybylowicz mit Marie Karaszkiewicz, Schmied Stanislaus Napierala mit der Wittwe Agnes Napierala geb. Urbanowska, Schneider Gustav Grün mit Cerline Samuel, Bürstenmacher Richard Scharff mit Anna Elisabeth Hoffmann, Sergeant Ludwig Szczesny mit Wanda Thomas, Koch Ignatz Gulcz mit Agnes Lewandowska, Sergeant Bernhard Schau mit Marie Hagendorff.

Geburten.

Ein Sohn: Arbeiter Josef Henkel, Rittergutsbesitzer Thaddeus von Trzcinski, Elementarlehrer Wladislaus Klaczynski, Tischlermeister Josef Rybaczynski, unverehel. H., M., F., M., Kasernenwärter Kaspar Borak, Fleischermeister Valentin Drozdzewski, Schneidermeister Paul Michalski, Wwe. Th., Schuhmacher Alexander Wandel, Kaufmann Salomon Diamant (2 Knaben), Schuhmacher Franz Janowski, Kaufmann Leo Kareski, Postsekretär Gustav Behnisch, Architekt Richard Wilke, Kutscher Ferdinand Schultze, Arbeiter Stanislaus Bäseler, Schneider Johann Sokolinski, Steindrucker Johann Smigowski, Klempner Vincent Kolanowski, Hauptmann Felix Hähnelt, Kaufmann Louis Eckart.

Eine Tochter: Arbeiter Martin Garstka, Tischlergeselle Friedrich Altrock, Kohlenhändler Martin Konieczny, Maurer Johann Relewicz, Schuhmacher Andreas Nitschke, Maurer Anton Gläditsch, Dentist Max Scholz, Invalide Arbeiter Zielezinski, Steueraufseher Josef Ratajczak, Schlosser Franz Jagrowski, Bäckergeselle Anton Karls, Arbeiter Peter Pawlowski, Handelsmann Viktor Wysocki, Schneider Rudolf Piehl, Tischlermeister Stanislaus Bortliszewski, Schriftsetzer Stanislaus Paszkiewicz, Arbeiter Martin Cieslak.

Sterbefälle.

Unverehelichte Elisabeth Langner, 32 J., Wwe. Michalina Przydryga, 61 J., Posamentirgehülfe Salomon Brodmann, 34 J., unverehelichte Barbara Otto, 57 J., Arbeiter Josef Minikel, 42 J., Maurergeselle Stanislaus Balcerowski, 28 J., Kaufmann Schene David Jaffe, 71 J., Maurer Julius Hoffbauer, 71 J., Wittwe Susanna Stephan, 79 J., Kanzleirath Julius Bandel, 68 J., Fuhrmann Mathias Szczepanski, 80 J., Schuhmacherfrau Margarethe Figas, 42 J., August Gierke, 17 J., Hedwig Olga Zeidler, 3 J. 10 M., Anton Osiewicz, 5 J., Hedwig Wilczynska, 11 Tage, Stanislaus Kmiec, 1 J. 2 M., Valerian Frohmberg, 3 M., Adam Mrozinski, 1 J. 2 M., Theophil Osiuszkiewicz, 2 M., Erdmann Nöthig, 1 J. 10 T., Josef Adam Leitgeber, 1 J. 3 M., Kasimir Sroka, 1 M., Anton Rakowski, 3 J. 8 M., Rebekka Lauter, 11 M. 22 T., Franziska Burska, 1 M. 9. T.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns **Fabian Lehmann** zu **Posen**

ist eingestellt worden,

da sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.

Posen, den 17. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Handelsregister.

In unser Gesellschaftsregister ist zufolge Verfügung von heute unter No. 383 die seit dem 17. Februar 1882 in **Posen** bestehende offene Handelsgesellschaft in Firma: **K. v. Kozłowski & B. v. Twardowski**, Katholische Buchhandlung und als deren Gesellschafter

a. der Literat **Karl v. Kozłowski**
b. der Buchhändler **Boleslaus v. Twardowski**, beide in **Posen**

eingetragen.

Nur beide Gesellschafter gemeinschaftlich sind berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu zeichnen.

Posen, den 18. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Die im Firmenregister hier unter der Nr. 95 eingetragene Firma

Theodor Peiser
zu **Reisen**,

Inhaber der Kaufmann **Theodor Peiser** zu **Reisen**, ist heute gelöscht worden.

Lissa, den 15. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 2 — Vorschußverein **Krotoschin** — folgender Vermerk:

„An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters **Sartori** ist der Kreissekretär **Braun** als Direktor in den Vorstand eingetreten," heute eingetragen worden.

Krotoschin, den 15. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Schneidermeisters **Miecislaus Lissowski** zu Schmiegel wird auf Antrag desselben, nachdem er seine Zahlungen eingestellt, heute am 16. Februar 1882, Vormittags 9½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Privatsekretär **Hecht** hierselbst wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum
21. März 1882
bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 14. März 1882,
Vormittags 9 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 29. März 1882,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum

21. März 1882

Anzeige zu machen.

Haffe,
Gerichtsschreiber
des Königlichen Amtsgerichts
zu Schmiegel.

Die zur **Anton Kratochwill**'schen Konkursmasse gehörigen circa **24,000 Stück** neue Mehl-Lieferungssäcke, sollen freihändig verkauft werden. Schriftliche Offerten auf die ganze oder eine Theilpartie sind innerhalb 14 Tagen an den unterzeichneten Verwalter zu richten.

Ludwig Manheimer,
Konkurs-Verwalter.

Auktion.

Am 20. d. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,

werde ich im Pfandlokale der Gerichtsvollzieher hier

8 Haustelegraphen,
1 Partie leinene Herrenkragen, 1 Mahagonitisch und verschiedene Galanteriewaaren

im Wege des freiwilligen Verkaufs meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.

Posen, den 18. Februar 1882.

Kunz,
Gerichtsvollzieher.

In der **Karl Kratochwill**'schen Konkurssache werde ich

Montag, den 20. d. M.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Gehöfte der Kernwerksmühle hier

2 Pferde,
Schweine,
Partie Weizen- und Roggenmehl

meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Koenig,
Konkursverwalter.

Freiwillige Versteigerung.

Am **Mittwoch**,
den 22. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr,

werde ich im Pfandlokale der Gerichtsvollzieher, Wilhelmsstr. 32,

versch. gut erhaltene Nußbaummöbel, darunter 2 Bettstellen mit Matratze, Sopha, Schreibtisch, Kleiderschrank 2c., sowie zwei große Oelgemälde

öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.

Sieber,
Gerichtsvollzieher, Posen.

Holzverkauf.

Aus dem herzoglichen Forstrevier **Neugedank** sollen **Mittwoch, den 22. d. Mts.**, von **Vormittags 10 Uhr** ab, im **Peter**'schen Gasthofe zu **Stobnica a. W.**:

800 Stück kiefernes Schneide- und Bauholz

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Neugedank b. Obersitzko, am 16. Februar 1882.

Herzogl. Forstverwaltung.

Gebrüder Guttsmann
BRESLAU.

Fabriken und Lager
sämmtlicher Artikel
für
Brauereien, Brennereien, Destillationen
und
Weinhandlungen.

Berlin. **JUDLIN**'sche Berlin.

Färberei. Chemische Reinigungs-Anstalt **Druckerei.**
für Garderoben, Meubles, Teppiche, Gardinen 2c.
Annahme: **Posen, Joh. Slomowska, Wilhelmsstraße.**
Original-Fabrik-Preise.

A. & F. Zeuschner,
Hofphotographen und Portraitmaler.
Posen, Atelier: **Wilhelmsstr. 27.**

!! 40 Prachtstücke !!

Ein großes Eß-Service aus feinstem, neu verbesserten patentirten Brittania-Silber, elegant, dauerhaft und immer weißbleibend, und zwar: 6 Tafelmesser mit engl. Stahlklingen, 6 massive Brittania-Silber-Gabeln, 6 feinste Brittania-Silber-Speiselöffel, 6 feinste Brittania-Silber-Kaffeelöffel, 6 Brittania-Silber-Messerleger, 1 schwerer Brittania-Silber-Suppenschöpfer, 1 schwerer Brittania-Silber-Milchschöpfer, 2 elegante Tafel-Leuchter.

Dieses Alles zusammen ist bei mir jetzt für nur **13 Mark** (sonst 20 Fl.) unter fünfjähriger Garantie zu haben.

Gute Waare lobt sich selbst, und gebe ich meinen Konkurrenten zum Trotze, welche Waaren minderer Qualität aus Konkursmassen mit marktschreienden Zeitungsannoncen und Attesten anpreisen, meine gediegenen Eß-Service unter dem Erzeugungspreise ab; wo dieselben doch allgemein als vorzüglich anerkannt, gerne gekauft und alle Fabrikate dieser Art an Qualität weit übertreffen.

Bestellungen werden gegen Postnachnahme oder Vorhereinsendung des Betrages nebst 30 Kreuzer für Verpackung **einzig** und **allein** ausgeführt. Fabriks Haupt-Niederlage und Export-Haus des **K. Loew**, Wien V, Pilgramgasse Nr. 8.

NB. Nichtkonvenirendes wird sofort zurückgenommen.
Wiederverkäufern Rabatt.

Offerte.

Oehmig-Weidlich's Prima-Seife,
gelblich, in Original-Packeten von 7 Pfund für 3 Mark und 3 Pfund für 1 Mark 50 Pfg.
(nebst Beilage eines Stück feiner Mandelseife).

Harzseife I. Qual.,
Packete von 3 Pfund für 1 Mark.

Elainseife,
feste Schmierseife, in Stücken, in Original-Packeten von 5 Pfd. für 1 Mark 50 Pfg. und 2½ Pfd. für 75 Pfg.
aus der Fabrik von

C. H. Oehmig-Weidlich in Zeitz
gegründet im Jahre 1807, neu erbaut 1880/81.

Diese **Prima-Seife** ist die anerkannt beste Waschseife und dient zur Reinigung jeder Stoffe, auch der feinsten; sie ist vollständig rein und neutral abgerichtet und von solcher Güte, daß 1 Pfund derselben ebensoviel Wäsche reinigt, wie 2—3 Pfund der gewöhnlich im Handel vorkommenden billigeren Seifen. Der Wäsche selbst giebt sie einen angenehmen Geruch.

Die **Harzseife** I. Qual. findet besonders zum Waschen bunter oder sehr schmutziger Wäsche die beste Verwendung.

Die **Elainseife**, beim Einweichen der Wäsche durch Einquirlung angewendet, ist die vortheilhafteste Seife zum Vorwaschen der Hauswäsche, die anerkannt vorzüglichste zum Bleichen der Wäsche und die beste zum Scheuern.

— Prober von ½ Pfund an stehen zu Diensten. —

Im Detail offerire: Prima-Seife 45 Pfg., Harzseife I. Qual. 36 Pfg., Elainseife 33 Pfg. per Pfund.

Alleinige Niederlage bei
Adolph Löwe, Rogasen, Alter Markt.

Winterkuren

bei **Verstopfung, Trägheit der Verdauung, Verschleimung, Hämorrhoiden, Magen- und Darmkatarrh, Frauenkrankheiten, Verstimmung, Leberleiden, Gicht, Blutwallungen** 2c., mit dem natürlichen

Friedrichshaller Bitterwasser
nach ärztlicher Vorschrift **haben sich stets bewährt.**
Broschüren und Gebrauchsanweisungen in allen Mineralwasserhandlungen und Apotheken.

Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Stand am 1. Januar 1882.
Versichert 57,600 Personen mit 394,800,000 Mark
Bankfonds . . . . 102,300,000 „
Dividende der Versicherten im Jahre 1882: **42** Prozent der Jahresprämie.

Die Bank erhebt keine Aufnahme-Gebühren, gewährt alle Ueberschüsse voll und unverkürzt an die Versicherten zurück und zahlt nach dem Tode des Versicherten die Versicherungssumme sofort nach Beibringung der vorschriftsmäßigen Sterbefall-Nachweisungen ohne Zins-Abzug aus.

Dauernd Angestellten, welche bei ihr Versicherung nehmen, gewährt die Bank Darlehen zum Zwecke der Bestellung von Dienst-Kautionen unter besonders günstigen Bedingungen.

Versicherungs-Anträge werden vermittelt in **Posen** durch

C. Meyer,
Bismarckstraße Nr. 4, parterre.

Posener Baubank.

Die Aktionäre der Posener Baubank werden zur ordentlichen General-Versammlung auf

Donnerstag, den 16. März d. J.,
Nachmittags 5 Uhr,

in unser Geschäftslokal, Bismarckstraße Nr. 4 hierselbst, zur Verhandlung über die unten genannten Gegenstände mit dem Bemerken eingeladen, daß diejenigen, welche an der Versammlung theilnehmen wollen, ihre Interimsscheine nebst einem doppelten Verzeichnisse derselben — sowie diejenigen, welche als Bevollmächtigte auftreten wollen, noch außerdem ihre Vollmachten spätestens bis zum 13. März cr. bei der Direktion der Baubank, Bismarckstraße Nr. 4, gemäß § 35 des Statuts niederzulegen haben.

Posen, den 16 Februar 1882.

Posener Baubank.

Tages-Ordnung:

1. Prüfung der Bilanz und des Inventars für das Jahr 1881.
2. Bericht des Vorstandes über die Verwaltung der Baubank im Jahre 1881.
3. Ertheilung der Decharge über die Rechnung für das Jahr 1881.
4. Wahl der Revisions-Kommission.

Prämiirt I. Internat. Balneologische Ausstellung Frankfurt a. M.

Die durch ihre vortrefflichen Wirkungen weltbekannten **Krankenheiler Jodsodaseife, Jodschwefelseife** und **verstärkte Quellsalzseife,** sowie **Jodsoda-** und **Jodschwefelwasser** und daraus durch Abdampfung gewonnene **Jodsodasalz,** sind zu beziehen in den meisten Apotheken, Droguen- und Mineralwasserhandlungen und direkt durch die **Brunnenverwaltung Krankenheil-Tölz in Oberbayern.** In **Posen** bei **J. Jagielski,** Apotheker und **J. Schleyer,** Mineralwasser-Handlung.

1848—1871. ca. 25 Lieferungen à 30 Pfg.
Geschichte der Neuzeit von **Corvin.**
Zu Bestellungen empfiehlt sich:
Ernst Rehfeld's
Buchhandlung, Wilhelmspl. 1 (Hotel de Rome).

Warszawski's Pfandleih-Inst.

Wronkerstr. 12, 1 Trp., nahe am Wronkerplatz, geöffnet von 8—1 Uhr Vormittags und von 2—7 Uhr Nachm.

Eine Wasser- und Schneidemühle in waldreicher Gegend, an fließbarem Wasser, 70 Mg. g. Land, a. d. Chaussee u. Bahn unmittelbar gel., i. a. 5 Jahre zu verpachten für 1200 Mk. j. und 1500 Mk. Kaution. Zentral-Agentur, Wilhelmsstr. 11.

Weiße gestickte Streifen und Einsätze zu auffallend billigen Preisen empfiehlt
Leo Elias,
Markt Nr. 70.

Flügel, Pianinos u. Harmoniums **Sparsystem! 20 M. monatl. Abzahlung ohne Anzahlung.** Nur Prima-Fabrikate.
Magazin vereinigter Berliner Pianoforte-Fabriken
Berlin, Leipzigerstraße 30.
Preis-Courante gratis und franco.

Ein billiges **Pianino** zu miethen gesucht. Preisoff. sub **P. 6.** Exped. d. Zeitung.

Elegante Roben, Confirmations-Anzüge für Knaben und Mädchen, Tragmäntel sowie Trauerkleider sind stets vorräthig und werden auch nach Maaß in jeder Ausstattung angefertigt.

Herrmann Neumark,
Wronkerstraße,
Eckhaus, Markt 91.
Auch suche ich per sofort einen **Lehrling.**

Kanarienvögel,
9 Stück Hähne, gut schlagend, sind im Ganzen oder einzeln billig zu verkaufen **Venetianerstr. 27,** part.

Dr. Bergelts Magenbitter,
nur allein ächt von **Rich. Baumeyer** in **Glauchau,** ist ein **vorzügliches, sehr wohlschmeckendes** Genußmittel zur **Stärkung** des **Magens, Anregung** des **Appetits** und **Beförderung** der **Verdauung.** Derselbe leistet nach dem Genuß **schwerverdaulicher Speisen** ganz besondere Dienste und ist auf **Reise** und **Jagd** das **zuträglichste** Getränk. Vorräthig in Flaschen à 2 M., 1,20, 80 und 40 Pf. bei **W. F. Meyer u. Co.,** Wilhelmsplatz, **Oswald Schäpe,** St. Martin 20, **M. Danigel,** Breslauerstr.

Mein Geschäftslokal befindet sich vorläufig
Krämerstr. 17,
erste Etage, vis-a-vis **Keiler's** Hotel.
A. Karpen.

Ein guter Plan.
OPTION. Umsatz von Fonds auf Option wirft häufig fünf- bis zehnmal das Anlagekapital in ebensovielen Tagen ab. Gedruckte Erklärung gratis. Adr. **GEORGE EVANS & Co.,** Fondsmäkler, Gresham House, London E. C.

Schwarze
Cachemir-Kleider,
neueste Façons, sehr billig, schon von 12 M. an, empfiehlt die Damenschneiderei **Wilhelmsstr. 18,** neben der Druckerei.

„Alte Ketten"
Neuester Roman von
Levin Schücking
wird allen **neu hinzutretenden** Abonnenten des **„Berliner Tageblatt"** gegen Einsendung der Abonnements-Quittung **gratis** und **franco** nachgeliefert.

1 Mark 75 Pf.
beträgt das Abonnement für den Monat **März** auf das **täglich zweimal** erscheinende

Auflage ca. 70,000 Exempl. — Auflage ca. 70,000 Exempl.

Berliner Tageblatt
nebst seinen 3 werthvollen Beiblättern:
Illustr. Witzblatt
„ULK",
Illustr. belletristisch. Sonntagsblatt
„Deutsche Lesehalle",
„Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau u. Hauswirthschaft".
Alle **Reichs-Postanstalten** nehmen Abonnements zum Preise von
1 Mark 75 Pf.
für alle **vier** Blätter zusammen **jederzeit** entgegen. **Probenummern gratis** und **franco.**

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte es mancher Firma, welche an der Berliner Börse Aufträge zu ertheilen hat, erwünscht sein, daselbst eine gute, solide, neue Verbindung aufzusuchen. Zu diesem Zweck empfiehlt sich ein mit allen Verhältnissen des Berliner Platzes vertrautes, gut fundirtes

Bankhaus,
dem nur daran gelegen ist, eine gute, solide Kundschaft zu erwerben. Adr. sub D. B. 715 durch **Haasenstein & Vogler, Berlin SW.**

Strohhüte
werden gewaschen und nach 20 verschiedenen der **neuesten Façons** modernisirt.
Filzhüte für Herren **dauerhaft** gereinigt, **Cylinder** modernisirt.
A. Lange,
Friedrichsstraße Nr. 29.

Bilder
werden sauber, billig u. gut eingerahmt bei
M. Nowicki & Grünastel,
Jesuitenstraße 5,
Bilderrahmenfabrik u. Vergolderei Tafelglashandlung und Glaserei.
NB. Glas in Kisten billigst.

Für alle einschlägigen Arbeiten empfiehlt sich als
Herren- und
Damen-Schuhmacher
und sichert prompteste und billigste Bedienung zu
K. Foerster,
Wilhelmsstraße 17, III Treppen.

9000 Mark
zur 2. Stelle hinter Bankgelder gesucht. Offerten sub **Z. Z. 1.** bef. die Exped. d. Ztg.

Jeder Fettleibige
findet ohne eigentliche Kur, Badereise und Berufsstörung brieflich durch unser neuestes **thatsächlich erfolgreichstes Verfahren** zur Auflösung des Fettes (Abnahme 15 bis 40 Pfund) **absolut sichere und vollständig gefahrlose Hilfe. J. Hensler, Maubach,** Anstaltsdirektor in Baden-Baden.
Prospekte gratis und franco.

Pensionäre
sucht bei kräft. u. bill. Kost
J. Groß, Theaterstr. 4.

Israel. Töchter-Pensionat
gegründet 1864.
Höhere **Unterrichts-Anstalt** und **Lehrerinnen-Seminar.** Näheres durch Prospekte. Eintritt jeder Zeit.
Frau Direktor **Therese Gronau.**
Berlin. In den Zelten 12.

Eine gebildete jüdische Familie in Berlin wünscht junge Mädchen, nicht unter 10 Jahren alt, in Pension zu nehmen. Referenzen sind Herr Prof. Dr. M. Lazarus und Herr Prof. Dr. H. Steinthal, Berlin, Königsplatz 5. Jeder Unterricht auf Wunsch im Hause. Näheres bei
S. Baginsky,
Berlin, Franzstraße 17.

Eine Dame erth. gedieg. Sprach- u. Musikunterr. St. 75 Pf. Breite Str. 23, III. Eingang Schlosserstr. Zu sprechen täglich 8—11 Vorm.

Pensionäre
nehme jederzeit auf. **H. Hinz,** städt. Lehrer. Schuhmacherstr. 11, III.

Ein oder 2 Knaben finden eine gute Pension bei einer anständigen Beamten-Familie in der Nähe der Gymnasien per sofort oder 1. April l. J. Adr. erb. Z. I. Posen postl.

Damen finden jederzeit billige, diskrete Aufnahme, auch Frauenleidende Rath u. Hilfe. **Breslau,** Ohlauerstr. 29 Hebamme **Wawrzinek.**

Otto Dawczynski,
Zahnarzt.
Friedrichsstraße 29.

Syphilis, Haut-, Frauenleiden, Impotenz heilt brieflich ohne Berufsstörung Dr. med. **Zilz,** Berlin, Prinzenstr. 56.

In 3 bis 4 Tagen
werden discret frische **Syphilis, Geschlechts-, Haut- und Frauenkrankh.,** ferner **Schwäche, Pollut. u. Weissfluss gründlich** und **ohne Nachtheil** gehob. durch **d. v. Staate approbirten Spezialarzt Dr. med. Meyer** in Berlin, **nur Kronenstrasse 36, 2 Tr.,** von 12—2. **Ausw. m. gleich. Erfolge briefl.** Veraltete und verzweifelte Fälle ebenf. in sehr kurzer Zeit.

Jede geheime Krankheit u. Ansteckung
heile ich auf Grund neuester, wissenschaftlicher Forschung, selbst die verzweifeltsten Fälle, ohne Berufsstörung. Ebenso die bösartigen Folgen geheimer Jugendsünden, Nervenzerrüttung, Schwächezustände, Epilepsie, Frauenkrankheiten 2c. Im Nichtheilungsfalle verzichte ich auf jedes Honorar. Größte Diskretion. Bitte um recht genauen Krankheitsbericht.
Dr. med. Krug
in Thal bei Ruhla.

Specialarzt
Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,
heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtsschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

St. Martin 2. Eine seit Jahren eingerichtete gangbare **Bäckerei vom** 1. April zu verm. St. Martin 3, II. Et., 4 Zimmer u. Küche nebst reichl. Beigelaß zu verm. Näheres St. Martin 56.

Fischerei Nr. 24 sind 3 Stuben, Küche u. s. w. sogleich oder vom 1. April zu verm. Zu erfr. Schießstraße Nr. 7, 1 Tr.

Herrschaftliche Wohnungen von 4 bis 7 Zim. hat in gr. Auswahl zu vermiethen pr. April event. v. j. Z. Zentr.-W.-Agentur, Wilhelmsstr. 11.

---

1 Stube m. Kochofen für 2 Leute **bald** zu beziehen gesucht. Offerten unter **M. 10** in der Expedition d. Ztg. niederzulegen.

Versetzungshalber
sind Kleine Ritterstraße Nr. 18 in der I. Etage 5 Zimmer, Balkon, Küche und Zubehör, Stall zu 3 Pferden sofort oder per 1. April cr. zu vermiethen. Näheres daselbst im Parterre.

Ein Laden mit **Wohnung,** in welchem seit 30 Jahren eines der bedeutendsten Barbier- und Friseur-Geschäfte betrieben wird, ist vom 1. April ab zu vermiethen.
Näheres daselbst beim Wirth
Kunzmann, Wronkerstr. 18.

Zu verm.: Läden, versch. Fam.-, Garçon-Wohn., Bier-Depots, Vict.-Keller u. Destill. mit Schank. Näh. d. Commiss. **Scherek,** Breitestr. 1.

Amthor'sche höhere Handelsschule
(Handelsakademie) zu Gera.

Am **12. April d. J. Beginn** des **33. Schuljahres** der Anstalt. **Allgemeine, fremdsprachliche,** (Engl., Französ.) und **handelswissenschaftliche Ausbildung jüngerer** (nicht unter 13 Jahre alt, Curs: 3—4 jährig) und **Fortbildung älterer,** aus den **höheren** Klassen der Gymnasien, Realschulen u. s. w., oder aus der **kaufm. Praxis** u. s. w. kommender Zöglinge (Curs: 2jährig, nur bei **sehr guten** Vorkenntnissen 1jährig). Für solche, die **kein Reifheitszeugniß** beanspruchen, besteht **akademische Einrichtung** und ist Auswahl unter den Kollegien gestattet.

Die **Reifheitszeugnisse** der Anstalt **berechtigen seit 1869** zum **1jährig. Freiwilligendienst** in der Deutschen Armee.

Ueber Schulbesuch aus In- und Ausland, Aufnahme, Lehrplan, Unterkunft u. s. w. Näheres durch das Programm.

Gera, den 20. Januar 1882.

Direktor **Dr. Ed. Amthor.**

Die Brauer-Akademie zu Worms,

im letzten Jahre von 95 Brauern besucht, beginnt am 1. Mai den zwanzigsten Kursus. Programme durch die Direktion.

Dr. Schneider.

Fach-Schule zu Buxtehude Königreich Preußen
(Reorg. Technikum) für **Maschinen- u. Bautechniker u. Dekor.-Maler.**
Sommer- u. Winterkursus. Pensionat. Programme grat. u. fr. Dir. Kittenkoler.

Familien-Pensionat für isr. Töchter von
Frau **Johanna Müldaur,**
Posen, Bismarckstraße 1.

Im J. 1870 gegr. u. seitd. ununterbr. segensreich wirksam, gewährt d. Pens. d. sorgfältigste Erziehung bei guter leibl. Pflege. — Erwachs. erh. jed. gewünscht. Unterr. im Hause. Franz. u. engl. Konvers. Wohn- u. Schlafr. ges. u. behagl. — Jüd. Rit. Mäß. Honorar. — Gütige Refer. die Herren: **Rabb. Dr. Bloch, Stadtrath Ed. Kaatz, Justizrath Orgler.**

Pensionat
und Höh. Töchterschule mit Seminarklasse.

In meinem Pensionat, unmittelbar am Thiergarten, finden zu Ostern junge Mädchen jeden Alters Aufnahme.

Empfohlen durch den Herrn Rechsanwalt **Assmy, Meseritz,** Konsist.- u. Reg.-Schulrath **Eismann, Potsdam.**

Auguste Weyrowitz,
Charlottenburg, Berlinerstraße 39.

Pensionat in Breslau.

Geehrten Eltern und Vormündern die erg. Nachricht, daß ich zu Ostern d. J. in Breslau ein Pensionat für Mädchen jedes Alters eröffne.

Die Zöglinge finden sorgsamste Pflege, gewissenhafte Aufsicht und Erziehung, ein liebevolles Familienleben, Ueberwachung und Nachhülfe bei den Schularbeiten, auf Wunsch Unterricht im Hause, französische und englische Konversation.

Langjährige Erfahrungen auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts setzen mich in den Stand, allen Ansprüchen zu genügen.

Beste Empfehlungen stehen zur Seite. Gef. Meldungen erbittet bis Ostern unter nachstehender Adresse

Marie Landmann,

Vorsteherin einer höheren Töchterschule in **Neutomischel.**

Auskunft ertheilen gütigst:
Frau Apotheker **Weiß,** Herr Kreis-Schulinsp. **Dr. Foerster** in **Neutomischel,** Herr **Dr. Joël** in **Breslau,** Herr Prorektor **Matthaei,** Herr Prediger **Dr. Samter** in **Grünberg i. Schl.**

En gros. En detail.
Die alleinige
Niederlage der **patentirten**
Gesundheits-Kinderwagen
für Stadt und Herzogthum Posen befindet sich bei
H. Neumann,
Berlinerstr. 19.
P.S. Jeder Pat.-Wagen ist m. festgenieteter Marke D. R. Pat. 10.007 versehen.

Große Wohnung!
Luisenstr. Nr. 12 ist eine elegant ausgestattete Wohnung von 7 bis 11 Zimmern zu vermiethen.

St. Adalbertstraße 1
ist eine Mittelwohnung per 1. April zu vermiethen.

Friedrichsstr. 10 sind 4 renov. Z., Küche rc. sof. od. p. April z. v.

Ein möbl. Zimmer
z. verm. St. Martin 43, III v.

Friedrichsstr. 25,
II. Etage, 1 Wohnung von 5 Zimmern, Küche, Nebengelaß, Wasserleitung mit Closet per 1. Oktober ab zu vermiethen.

3 Zimmer I. Etage, Küche mit Zubehör zu verm. Halbdorfstr. 2.

Möbl. Zimmer sogl. verm. Paulistraße 9, III. rechts, vorn heraus.

Wronkerplatz 7, I. Etage ein möbl. Zimmer für 15 M. zu verm.

Wronkerplatz 4|5
ist ein großer **Geschäftskeller,** bestehend aus vier Piecen, zu verm.

Wilhelmsstr. 14, III. weg. Vers. sofort möbl. Eckzimmer nebst Schlafkabinet, auch kl. möbl. Zimmer.

Neuestr. 5 ist eine kl. Wohnung für 56 Thlr. jährl. von sof. zu verm.

Stube, Wasserl. u. Ausg. monatlich 9 M. Langestr. 16, I.

Kl. Gerberstr. 8 I. möbl. 2fenstr. Vorderzimmer zu vermiethen.

Eine Wohnung, I, 3—4 Z., Küche, K., Wasserleitung, 1. April Schuhmacherstraße 16 zu vermiethen.

Eine kl. moderne Wohnung 1. Et. 2 Stuben u. Küche mit Wasserl., ist sofort oder vom 1. April Judenstr. Nr. 9 zu vermiethen.

Posener Bau-Bank.
Einen Laden nebst Wohnung, so wie eine Wohnung im 1. Stock, bestehend aus 5 Zimmern, Küche nebst Zubehör, haben zu vermiethen.

Näheres im Comtoir, Bismarckstr. Nr. 4, Parterre.

Ein freundlich möblirtes
Vorderzimmer,
Alt. Markt 77, II Trepp. links, ist sofort für 1 auch 2 Herren, mit auch ohne Kost zu haben.
Näheres daselbst.

Eine
herrschaftl. Wohnung
St. Martinstr. 18 sofort zu verm. Näh. daselbst I. Etage links.

Die Haushälterstelle Friedrichsstr. 9 ist am 1. April vakant.

Ein Commis,
der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet pr. 1. April cr. in meinem Colonialwaaren-Geschäft Stellung.

J. Blumenthal.

Es suchen sofort Stellen:
Verkäufer für Mode-, Dam.-Conf.-, Kurz-, Posam.-, Woll- u. Weißw., Exped. für Col. u. Schank, sowie selbst. Leiter f. Schankgesch. Näh. Commiss. **Scherek,** Breitestr. 1.

Für Rittergutsbesitzer!
Ein in allen Branchen d. Landwirthsch. s. erfahr. strebsam. und energisch.
Wirthschafts-Inspektor,
34 J. alt, unverh. **sucht** a. solcher z. 1. April d. J. mögl. selbstständ. dauernde **Stellung.** Selten vorzügl. langjähr. Zeugn. und Empfehl. a. Beweis z. Seite. Güt. Off. erbet. unt **J. 731** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Für mein Material-, Eisen- und Eisenwaaren-Geschäft suche zum 1. April einen soliden, gewandten
Commis
mit guten Zeugnissen. Polnische Sprache erwünscht.

Aug. Müller,
Schmiegel.

Zur Gewinnung von Mitgliedern für eine **Kranken- u. Sterbekasse** werden gegen gute Bezahlung tüchtige
Agenten
gesucht. Bewerber wollen ihre Offerte unter **O. L. 61** zur Weiterbef. einsenden an **G. L. Daube & Co.** in **Frankfurt a. M.**

Herren Prinzipale
erhalten durch mich bestes Personal jeder Branche kostenfrei und bitte um gefl. Aufträge. Stellensuch. Personal wolle sich wenden an das kaufm. **Bureau Silesia Dresden.**

Zum sofortigen Antritt oder per 1. März suche ich für mein **Putz- und Weißwaarengeschäft** eine
Directrice,
welche auch zeitweise beim Verkauf thätig sein muß.

Kenntniß der polnischen Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Meldungen m. Photographie erb.

Philipp Litthauer
Schwetz.

Für mein Stabeisen- und Eisenwaarengeschäft suche per 1. April einen
Commis,
welcher mit der Branche vertraut, der Buchführung und der poln. Sprache mächtig ist.

M. Lewinski,
Włocławek, Ruff. Polen.

Wir suchen für unser Comtoir per sofort oder 1. April cr. einen
Lehrling
mit guter Schulbildung und schöner Handschrift.

Posener Creditverein,
eingetragene Genossenschaft.

Unterrichts-Anzeige.
Eine gepr. ev. Erzieherin,
welche schon einige Jahre thätig ist und in den Wissenschaften und der Musik unterrichtet, sucht Ostern oder 1. Mai eine anderweitige Stellung bei jüngeren Kindern. Gef. Adressen werden unter H. W. 35 in der Exp. d. Ztg. baldigst erbeten.

Mühlen-Werkführer gesucht.
Ein sehr tüchtiger Werkführer mit besten Zeugnissen findet per 1. April vortheilhafte Stellung in einer Dampfmühle Breslaus. Meldungen unter P. 2687 an

Bernh. Grüter, Breslau.

Die Champagner-Firma
Fisse, Thirion & Cie.
nimmt **Vertreter** an in allen bedeutenden Städten. — Offerten an Herrn **J. Doléoluse,** Reims (Frankr.)

Ein Lehrling
(mosaisch) findet in meiner Destillation und Colonialwaaren-Handlung baldigst oder per 1. April cr. unter günstiger Bedingung Unterkommen.

Louis Krüger,
Grätz, Reg.-Bez. Posen.

Agenten-Gesuch.
Ein bedeutendes Engros-Geschäft der Tuch- und Damen-Confektions-Stoff-Branche, hauptsächlich feinen Genres, sucht für den Platz Posen und Umgebung einen tüchtigen mit der Branche vertrauten Agenten, der bei der feinen Kundschaft gut eingeführt ist und Ia. Referenzen aufweisen kann. Franco-Offerten sub **J. K. 2615** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Mehrere tüchtige **Gärtner,** Förster, **Wirthschafter,** Vögte, **Schäfer,** Ziegelmeister, **Stellmacher,** Torfstecher, **Diener u. Hofmaurer, die wir** Jedem gewissenhaft **empfehlen** können, **suchen** Stellen pr. **April** od. Juli cr. **Central-Stell.-Verm.-Bureau,** Petripl. 2.

Eine Schänkerin
wird sofort oder 1. April in eine Gastwirthschaft gesucht.

Pleschen, Prov. Posen.

G. Haupt.

Eine Cigarrenfabrik I. Ranges in Hamburg-Ottensen sucht für d. Vertrieb ihres eigen. Fabrikates gegen hohe Provision **Agenten,** die nur mit der feineren Privat-Kundschaft arbeiten. — Offerten mit Angabe von Referenzen unter **H. N. 286** an **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Gesucht mosaische Erzieherin zu 2 Kindern, die gut französisch spricht und auch musikalisch ist.

Suchen Stellung: Eine Engländerin als Bonne oder auch als Gesellschafterin, und deutsch und polnisch sprechende Commis.

R. M. Koozorowski,
Placirungs-Bureau, Theaterstr. 5.

Eine junge Dame,
geprüfte Lehrerin, musikalisch, mit guten Zeugnissen, wünscht Stellung als **Erzieherin.** Auskunft ertheilt Reg.-Rath Braesicke, Bromberg.

Ein Wirthschafts-Inspektor, den wir laut den eingezogenen Referenzen Jedem ganz gewissenhaft empfehlen können, sucht anderweitige Stellung bei beschd. Ansprch. pr. April od. Juli c. **von Drwęski & Langner,** Central-Agentur, Wilhelmsstr. 11.

Ein Brennerei-Verwalter, den wir laut den über ihn eingez. Referenzen Jedem ganz gewiss. empfehlen können u. d. stets über 8 bis 9 Proz. zieht, sucht andere Stellung pr. April oder Juli cr. **von Drwęski & Langner,** Central-Agentur.

Eine in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen rc. gut eingeführte mechanische Wollweberei in Greiz, sucht einen thätigen, zuverl.
Agenten.
Darauf Reflektirende belieben ihre Offerten mit Referenzen unter **K. A. 90,** postlagernd Greiz niederzulegen.

Ein junges Mädchen
jüdischer Konfession, aus guter Fam., in der häusl. Wirthschaft thätig, beider Landessprachen mächtig, sucht Stelle zum 1. April oder später als Verkäuferin unter bescheidenen Ansprüchen, gleichviel welcher Branche. Off. erb. **A. R. 100 Posen.**

Wirthschafterin-Gesuch.
Zum sofortigen Antritt wird eine in Vieh- und Milchwirthschaft, sowie feiner Küche erfahrene tüchtige
Wirthschafterin
gesucht. Nur gut Empfohlene wollen ihre abschriftlichen Zeugnisse an das Dom. **Lomnitz** bei Bentschen einsenden.

Ein **junger Mann,** der seine Lehrzeit noch nicht lange beendet hat und schön schreibt, wird fürs Comtoir per sofort gesucht. Offert. unter **L. 20** in d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Für mein Colonialwaaren- und Destillations-Geschäft suche ich per 1. April c.
1 Commis,
polnisch sprechend,
1 Lehrling
mit guter Schulbildung.

L. Tilgner.
Bentschen.

Ein jung. Mann, mit der Cigarren-Branche vertr., sucht bei besch. Anspr. Stell., wenn möglich in anderer Branche im Comptoir oder Detail-Geschäft. Gefl. Off. sub P. H. 104. postlagernd.

Ein anständiges älteres **Mädchen** oder alleinstehende **Wittwe,** mos., wird als Wirthin sofort verlangt.

P. Pincus, Bromberg.

Zum 1. März ein unverheiratheter gewandter herrschaftlicher
Diener
gesucht. Nur solche mit guten Zeugnissen finden Berücksichtigung. Abschr. Atteste wie Gehaltsforderung einzuschicken.

Dominium Marienberg.

Ein gebildeter **jung. Kaufmann,** der über seine Befähigung als Buchhalter und Korrespondent die besten Zeugnisse besitzt, sucht möglichst sofort oder später Stellung. Gefl. Adress. E. 28. d. Bl.

Ein älterer **Rittergutspächter,** akademisch gebildet, in Niederschlesien, **sucht** für Anfang April cr. bei mäßiger Pension einen **Wirthschaftseleven.** Näheres sub **D. W. 6** durch **Rudolf Mosse, Gr. Glogau.**

Ein im **Mühlenbau** durchaus **tüchtiger Mann,** welcher bereits seit 20 Jahren in diesem Fache thätig war, sucht zum 1. April Stellung als Mühlenbauer oder zur selbständigen Leitung eines größeren Mühlen-Etablissements. Off. erbitte unter W. A. in der Exped. der Posener Zeitung niederzulegen.

Ich suche
einen Lehrling
zum sofortigen Antritt unter günstigen Bedingungen.

Valentin Russak.

Ein der Buchführung mächtiger
junger Mann,
welcher befähigt ist, auch kleine Geschäftsreisen zu machen, findet bei bescheidenen Ansprüchen sofort Stellung. Offerten mit Angabe der Ansprüche werden sofort unter **A. W.** postlagernd **Posen** erbeten.

In meinem Tuch- und Modewaaren-Geschäft ist am 1. März cr. die Stelle eines tüchtigen
Verkäufers,
der auch polnisch spricht, vacant.

Siegmund Ephraim,
Filehne.

Tüchtige Stubenmädchen, Köchinnen, Wirthinnen können sich melden Gartenstr. 1 bei Frau **Natalie Dorada.**

Für mein Colonial-Waaren- und Destillations-Geschäft suche
1 Commis
u. 1 Lehrling.
A. Unger, Grätz.

2 Sattlergesellen
finden dauernde Beschäftigung bei
C. Hahn,
Sattlermeister in Schwersenz.

Ein tüchtiges **Mädchen,** mosaisch, in gesetzten Jahren, kann sofort als Wirthschafterin eintreten. Offerten unter **232** in der Exp. d. Ztg.

Familien-Nachrichten.
Statt besonderer Meldung.
Emma Krotoschiner,
Michaelis Spiro,
Verlobte.
Koschmin. Neustadt b. P.

Frauenschutz,
Posen, Petriplatz 4.

Konzessionirte Gewerbeschule mit Pensionat für gebild. Stände.

Anfang März Beginn **neuer Lehrkurse für Schneiderei** (unter Einführung neuester Zeichenmethode) **Wäsche, Handarbeit, Putz, Maschine.**

Etwaige **Anmeldungen** erbitten rechtzeitig. **Damen von Auswärts** finden unter g. Bedingungen Aufnahme in unserem Pensionat.

Prospekte auf Wunsch.

Handwerker-Verein.
Montag, den 20. Februar,
Abends 8 Uhr:
Freie Besprechung
über
Eisen-Constructionen bei Bauten.
Nach der Besprechung:
Vorstandssitzung.

Ein Heimathsschein
auf den Namen **Albin Sametzki** lautend, auf dem Wege von dem Polizeipräsidium nach dem Bureau des IV. Polizei-Reviers verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben bei **Benno Sametzki,** Mühlenstr. 4.

Ein runder Skonskragen
ist am Mittwoch Abend auf der Paulistraße verloren worden. Abzugeben Bismarckstr. 5. II.

Gärtner Hagedorn kann sich seine Atteste abholen. Zentral-Bureau, Petriplatz 2 in Posen.

Mein **Restaurant** und **Weinhandlung**
empfehle ich einem hochgeehrten Publikum hiermit zur geneigten Beachtung.

Reichhaltige Speisekarte, Echt Erlanger u. Böhmisch Lagerbier v. Faß.

Edmund Graefe Hotel Bellevue
im **Stadtpark.**

Restaurant **Kaiserhof,** Kl. Gerberstr. 4.
Dienstag, den 21. Februar:
Fastnachts-Ball
mit und ohne Maske.
Entrée 75 Pf. Es ladet ergebenst ein
Oscar Meyer.

Einen neuen **Tanzkursus** eröffne ich **Montag** den 20. d. M. Anmeldungen täglich v. 2—4 Nachm.

Lipinski.
Altes Gymnasium.

Lambert's Concert Saal.
Sonntag, d. 19. Februar cr.,
Abends 7½ Uhr:
37. Konzert
der Kapelle des 1. Niederschles. Inft.-Regts. Nr. 46 unter Leitung des Konzertmeisters Herrn **Fulde.**
Entree 25 Pf.
W. Bethge.

Stadt-Theater.
Sonntag, den 19. Februar 1882:
Einmaliges Gastspiel des Herrn
Miranda.
Konzert.
Viel Lärm um Nichts.

Montag, den 20. Februar 1882:
Zum letzten Male:
Rienzi.

B. Heilbronn's
Volks-Theater.
Sonntag, den 19. Februar cr.:
Erstes Gastspiel
der **„Les trois Diables“,** bestehend aus zwei Herren und einer Dame.
Schlaumeyer und Comp.
Posse mit Gesang in 3 Akten.
Montag, den 20. Februar cr.:
Zweites Gastspiel
der **„Les trois Diables“,** bestehend aus zwei Herren und einer Dame.
Lohengelb oder
Die Prinzessin von Dragant.
Komische Operette in 3 Akten.
Dienstag, den 21. Februar cr.:
Große Fastnachts-Redoute
mit und ohne Maske.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobt: Frau Hedwig Wolff geb. Zielenziger in Potsdam mit Dr. med. Georg Landsberg in Berlin. Frl. Juliane von Barnekow in Greifswald mit Lieut. Wilhelm von Otterstedt in Berlin. Gräfin Josephine von Bylandt-Rheidt in Bonn mit Prem.-Lieut. a. D. und kommiss. königl. Oberamtmann Bernhard v. Schenk in Gammertingen i. Hohenzollern. Fräul. Virginie Stempel mit Direktor Louis Rummel in Berlin. Frl. Helene Hoeft mit Kaufmann Albert Dyck in Elbing.

Verehelicht: Dr. Rudolph Habel mit Frl. Maria Hordliczka in Silberberg.

Geboren: Ein Sohn: Telegraphen-Inspektor Karraß. Dr. med. G. Hartung in Frankfurt a. O. — **Eine Tochter:** Dr. J. Cohn. Hrn. Max Stern. Prof. Dr. Georg Cohn in Berlin. Hrn. A. Fischer. Oberst-Lieutenant z. D. v. Schorlemmer in Gollnow. Hauptmann Ernst von Mitzlaff in Karlsruhe. Hrn. Carl Busch in Magdeburg.

Gestorben: Frau Bertha von Bornstedt, geb. v. Dewitz in Stargard. Frau Auguste von Buch, geb. v. Amsberg in Zapkendorf. Musikalienhändler Balduin Görffel Tochter Jutta in Berlin. Gärtnereibesitzer Herrmann Glantz in Berlin. Schulvorsteher Carl Raaz in Berlin. Pens. Kgl. Tänzer August Krüger in Berlin. Pastor emer. Georg Heinze in Schöneberg. Apotheker Franz Vörkel in Berlin. Verw. Frau Auguste Sinell, geb. Mühlig in Leipzig. Frau Rentiere Wilhelmine Lietzmann, geb. Schmidt in Charlottenburg.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.